

Heft 155

Ausgabe 3 | 2007
ISSN 0170-461
K 5361
5,00 Euro

spw



Pro und Contra:
**Brauchen wir
das Zentralabitur?**
Renate Hendricks vs.
Kay Zerlin

Kommunale Wirtschaft



Daniel Friedrich
Gewerkschaften und SPD

Jürgen Meier
„Ameos“ und die Heuschrecken

Dokumentation:
**„Soziale und gesellschaftliche
Innovationspolitik braucht
vorausschauende Investitions-
politik“**



Kurzum | von Horst Peter

» Der Mensch als Produzent und als Konsument ist in einem Konzept des ökologischen Umbaus der Gesellschaft der größte Risikofaktor. Die Wünsche nach Erwerbsarbeit und der Befriedigung seiner Bedürfnisse sind gekoppelt an das Verlangen nach möglichst hohem Entgelt und nach möglichst preisgünstigen Produkten und Dienstleistungen. Unterstützt wird diese Bewusstseinsstruktur durch die Werbeindustrie, der es immer wieder gelingt neue Leitmoden zu implementieren. Mächtige Interessenorganisationen sichern dies medial und politisch gegen alle Steuerungsversuche ab.

Kurzum: die Natur als Grundlage allen Lebens und Arbeitens ist dem Menschen aus dem Blick geraten. Er ist seiner selbst und der äußeren Natur entfremdet.

» Die Lerntheorie sagt: fehlt das sinnliche Erleben von Natur, ist auch der Schutz der Natur kein hohes Ziel. Deshalb muss ökologische Politik, um massenwirksam zu sein, von einem kulturellen gesellschaftlichen Diskurs begleitet werden. Untersuchungen belegen, dass die jüngeren Schülerinnen und Schüler am stärksten beunruhigt sind über die Gefährdungen des Klimas, der Wälder, der Gewässer, die Gefahren der Atomenergie, der Landschaftszerstörung und der Müllberge. Allerdings gleicht sich im Laufe der Schulzeit die Jugendwelt der Erwachsenenwelt an, zumal selbst der naturwissenschaftliche Unterricht mehr Wert auf formales Wissen als auf direkte Begegnungen mit der Natur legt.

Kurzum: wer es Ernst meint mit der Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen auch künftiger Generationen muss den kulturellen Diskurs bereits in der Schule beginnen. Denn die fehlende Einübung in komplexes, die Folgen des eigenen Handelns berücksichtigendes Denken ist im Alter nur schwer nachzuholen.



☞ Horst Peter, spw-Mitherausgeber, lebt in Kassel.
Foto: privat

» Damit sind wir bei der Verantwortung der gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsträger als Leitpersonen, damit die Menschen endlich begreifen, wie es um den Planeten steht. Egal, ob Wissenschaftler, Manager, Journalist oder Politiker. Alle stehen vor einem vergleichbaren Dilemma: sie müssen sich ändern, damit sich die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern können, aber sie benötigen auch die Zustimmung der Menschen, als Produzenten, als Konsumenten, als Benutzer von Medien und als Wähler.

» Helmut Schmidt gebrauchte den Begriff der Verantwortungsethik, um sich in schwieriger Zeit etwa mit der Friedensbewegung auseinanderzusetzen. Das war Basis für einen durchaus kontroversen Diskurs mit Andersdenkenden. Heute finden wir eher ein Klima der Verantwortungslosigkeit, das Diskurse fast unmöglich macht. Dabei wissen wir fast alles über den bedrohlichen Zustand unseres Planeten und über die zerstörerischen Wirkungen falschen Wirtschaftens und falschen Verhaltens. Wann stellen sich die Entscheidungsträger ihrer Verantwortung für die Zukunft?

Kurzum: ich wiederhole mich. Die politische Kraft, die Verantwortung für die Zukunft des Planeten als Grundwert ihrer Politik annimmt, ist zukunftsfähig. ■

□ **Impressum:**

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
 Jutta Blankau (Hamburg)
 Klaus Dörre (Jena)
 Iris Gleicke (Schleusingen)
 Michael Guggemos (Berlin)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Berlin)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 Florian Pronold (Deggendorf)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 René Röspe (Hagen)
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Claudia Bogedan
 Björn Böhning
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Bettina Kohlrausch
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Inken Wiese

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
 Reinhold Rünker

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 spw-verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 39,-
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)
 Auslandsabonnement Euro 42,-
 Abbestellungen mit einer Frist von drei
 Monaten zum Jahresende.
 ISSN 0170-461 - K 5361
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2007.
 Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung:

liniezwei Kommunikationsdesign GbR,
 Düsseldorf

Titelfoto:

Foto: www.photocase.com

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-3. Tausend, März 2007

■ **Meinung**

Gewerkschaften und Sozialdemokratie
 brauchen einander | Daniel Friedrich 4
 Pflegerisiko muss solidarisch abgesichert werden
 | Hilde Mattheis 5
 Zivile Konfliktlösungen für Afghanistan | Niels Annen 6
 Der Staat misstraut seinen Bürgern | Christoph Strässer 7
 Pro: Brauchen wir das Zentralabitur | Renate Hendricks 8
 Contra: Brauchen wir das Zentralabitur | Dr. Kay Zerlin 9
 Interview mit Ernst Dieter Rossmann
 zur aktuellen Lage der großen Koalition 10

■ ■ **Im Fokus: Kommunale Wirtschaft**

Einleitung zum Schwerpunkt | Ulf-Birger Franz 12
 Kommunale Unternehmen im „Konzern“ Stadt
 | Wolfram Bremeier, Prof. Dr. Hans Brinckmann, Dr. Werner Killian 14
 Nachfrageorientierte Innovationspolitik und
 öffentliche Beschaffung | Sascha Ruhland 20
 Kein Allheilmittel bei knappen Kassen:
 Öffentlich-private Partnerschaften in Europa
 | Barbara Weiler 25
 Sparkassen als Akteure einer neuen
 Strukturpolitik | Stefan Gärtner 30
 Literaturschau | Reinhold Rünker 35

■ ■ ■ **Magazin**

Kinderspiel Kapitalismus | Alexandra Kramm 37
 Stichwort zur Wirtschaftspolitik:
 Sozialkapital und Gemeinsinn 38
 „Ameos“ und die Heuschrecken –
 Die Globalisierung des Gesundheitsmarktes | Jürgen Meier 40
 War das schon alles?
 Anmerkungen zur Gleichstellungsdebatte
 | Cordula Drautz, Claudia Bogedan, Franziska Drohsel, Katie Baldschun 44
 Ist der GAU besser als der Klimakollaps? | Gerold Reichenbach 48

■ ■ ■ ■ **Personen & Positionen**

Dokumentation: Beschluss der Parlamentarischen Linken
 der SPD-Bundestagsfraktion „Soziale und
 gesellschaftliche Innovationspolitik braucht
 vorausschauende Investitionspolitik“ 52
 Meldungen 56
 5 Fragen an ... Detlev von Larcher 58

Gewerkschaften und Sozialdemokratie brauchen einander

von Daniel Friedrich



Die Geschichte der SPD und den Gewerkschaften war nie ohne Spannungen. Die aktuellen Zerwürfnisse wiegen aber schwerer. Denn im Gegensatz zu früher versucht die neue „LINKE“ – insbesondere die Gewerkschaftsfunktionäre der WASG – daraus Kapital zu schlagen („Die Gewerkschaften aus der Umklammerung der SPD lösen“, „Politische Schizophrenie“). Dies wird ihr aber nicht gelingen, wenn sich die Gewerkschaften und die SPD sich ihrer gemeinsamen Wurzeln bewusst werden und sich wieder aufeinander zu bewegen – nicht nur atmosphärisch, sondern auch inhaltlich. Die Ausladung einiger SPD-Bundestagsabgeordneter als Mai-Redner bei DGB-Kundgebungen in Bayern zeigt deutlich die Enttäuschung der Gewerkschaften über das Verhalten der SPD bei der Gesundheitsreform und der Rente mit 67. Man fühlt sich erinnert an die Sprachlosigkeit bei der Agenda 2010. Natürlich ist es nachvollziehbar, Abgeordnete – die für die Rente mit 67 gestimmt haben – als Redner zu streichen. Aber ist es richtig? Braucht man nicht auch den kritischen Dialog, die Auseinandersetzung? Und außerdem, wie viele Abgeordnete wollen denn noch am 1. Mai reden. Wie Viele sehen es nur noch als lästige Pflicht an „sich dort sehen zu lassen“?

□ Aufeinander zugehen

Spätestens im Herbst – nach den Gewerkschaftstagen von Ver.di und IG Metall und dem SPD-Bundesparteitag – sollten die Führungen der Gewerkschaften und der SPD aufeinander zugehen.

Die SPD-Führung in Partei und Fraktion muss den Gewerkschaften zusagen, dass sie in ihrer Politik keine Entscheidungen (mehr) gegen den ausdrücklichen Willen der Gewerkschaften fällen werden. Die Gewerkschaften ihrerseits müssen sich erklären, dass ihre Position als „Veto-Spieler“ aufgeben und in den konstruktiven Dialog um die besten Positionen mit der Partei eintreten will. Ohne den klaren Schulterschluss der Spitzenvertreter laufen sich alle anderen Bemühungen tot. Zu viele in der SPD predigen die neue Mitte und nehmen den Verlust der Gewerkschaftsbewegung wissentlich in Kauf. In den Gewerkschaften meinen einige, der Flirt mit der Linkspartei/WASG wird die Sozialdemokratie schon wieder in die Arme der organisierten Arbeitnehmerschaft treiben.

Beide – SPD und Gewerkschaften – brauchen ihre Selbstständigkeit als Einheitsgewerkschaften bzw. Volkspartei. Sie brauchen aber auch Gemeinsamkeiten. Nur von der Geschichte wird man nicht leben können, man braucht den kontinuierlichen inhaltlichen Diskurs. Beide brauchen Antworten auf die Fragen der Zukunft. Beide haben sie zurzeit noch nicht. So sollte der SPD klar sein, dass sie allein mit den Gewerkschaften keine Wahlen gewinnen wird, aber ohne sie nie. Die Gewerkschaften müssen wissen, ohne die SPD wird eine arbeitnehmerorientierte Politik niemals im Parlament mehrheitsfähig werden. Allen Missstimmungen zum Trotz: Man braucht einander. ■



☞ Daniel Friedrich, arbeitet bei der IG-Metall Bezirksleitung Küste, ist Mitinitiator des „Kasseler Kreises“ (vgl. spw 154) und lebt in Lübeck.

Foto: privat

Pflegerisiko muss solidarisch abgesichert werden

Klare Position der SPD erforderlich

von Hilde Mattheis ■ ■

Klar ist: Die Pflegeversicherung hat sich bewährt. Sie garantiert beim Eintreten von Pflegebedürftigkeit eine Mitfinanzierung pflegerischer Leistungen. Diese Absicherung des Pflegerisikos ist weiterhin notwendig, muss aber gesellschaftlichen Veränderungen angepasst werden. Insgesamt besteht Reformbedarf hinsichtlich des Pflegebegriffs, der Strukturen und der Leistungen sowie der Finanzierung.

□ Reform des Pflegebegriffs und der Strukturen

Die neue Pflegebegriffsdefinition muss von einem ganzheitlichen Menschenbild ausgehen. Sie muss die bisher fast ausschließliche Ausrichtung auf körperbezogene Hilfestellungen überwinden und umfassend den Hilfe- bzw. Teilhabebedarf feststellen, d.h. gleichermaßen, psychische und soziale Aspekte beinhalten. Die derzeitige starre Trennung der Angebotsstrukturen der Pflege wird den Bedürfnissen nicht mehr gerecht. Erforderlich sind Netzwerkstrukturen auf kommunaler Ebene, die ein Beratungs- und Versorgungsangebot bieten und das isolierte Nebeneinander von Institutionen, Professionen in der Pflege und ehrenamtlich Tätigen in der Pflege aufheben.

□ Reform der Leistungen

Seit Bestehen der Pflegeversicherung sind die Höhe der Leistungen und die Bedingungen für den

Anspruch der Leistungen unverändert. Aus den oben benannten Reformnotwendigkeiten ergeben sich folgende Punkte für die Reform der Leistungen.

- 1) Dynamisierung der Leistungen, nach einer einmaligen Anhebung gekoppelt an die Kostensteigerung;
- 2) Besondere Leistungen für Menschen mit Demenz, bis zum Wirken des neuen Pflegebegriffs;
- 3) Neujustierung der Leistungen für ambulante und stationäre Pflege.

□ Finanzreform

Wir wollen die Pflegeversicherung zu einer BürgerInnenversicherung ausbauen, um einen nach individueller Leistungsfähigkeit ausgerichteten gerechten Lastenausgleich innerhalb der Gesamtbevölkerung zu erreichen und auch zukünftig die Finanzierung der Pflegeversicherung zu gewährleisten. Für Verbesserungen zu Gunsten der Pflegebedürftigen und zum Aufbau einer Demografie-reserve sind Beitragserhöhungen gerechtfertigt. Zu klären wäre auch, ob weiterhin die bestehende Beitragsbemessungsgrenze gilt. Wir lehnen den Aufbau eines individuellen Kapitalstocks und eine einkommensunabhängige Kopfpauschale ab. Die Leistungen der Pflegeversicherung sind keine Altersleistungen und das Risiko letztlich nicht prognostizierbar. Die Argumentation, dass bei älteren Menschen die Versicherungsfälle tatsächlich häufiger auftreten, rechtfertigt keine individuelle Risikozuweisung, sonst müssten alle kollektiven Solidargemeinschaften in Frage gestellt werden. ■



↳ Hilde Mattheis, MdB (SPD), Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, Pflegepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im SPD-Parteivorstand und im Fraktionsvorstand, lebt in Ulm.

Foto: www.spdfraktion.de

Zivile Konfliktlösung für Afghanistan

Dialog auch mit unbequemen Gesprächspartnern suchen

von Niels Annen



Die Lage in Afghanistan ist besorgniserregend. Der Enthusiasmus der ersten Monate nach der Befreiung des Landes von den Taliban ist einer großen Ernüchterung gewichen. Die Regierung in Kabul ist nach wie vor schwach und weit davon entfernt, ihre Kontrolle über das gesamte Land auszuweiten. Der vom Westen zu Beginn des Krieges in Aussicht gestellte Aufbau des Landes ist ins Stocken geraten. Nicht nur die afghanische Bevölkerung, sondern auch die internationale Gemeinschaft fragt sich aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitslage, ob eine Verschärfung des militärischen Vorgehens zielführend ist. Die Parallelen zum Irak, wo, anders als in Afghanistan, überwiegend militärisch agiert wird, sprechen Bände. So musste sich US-Präsident Bush von der parteiübergreifenden Baker-Hamilton-Kommission zum Jahreswechsel öffentlich das Scheitern seiner Irak-Politik vorhalten lassen, während der Irak in bürgerkriegsähnlichem Chaos zu versinken droht.

Die Bilanz des „Kriegs gegen den Terror“ ist desaströs. Außenminister Steinmeier hat es auf den Punkt gebracht: „Da, wo Stabilisierungserfolge ausbleiben, nutzen die Taliban die Chance, um sich wieder als angebliche Beschützer der Bevölkerung aufzuspielen.“ Im Norden Afghanistans, dem Einsatzgebiet der Bundeswehr, gibt es daher große Bemühungen, mindestens den Status Quo zu halten, mitunter sind sogar Fortschritte zu verzeichnen. Dies hängt auch mit der höheren Akzeptanz der Bundeswehr zusammen, deren Einsatz von Beginn an von zivilen Projekten in Abstimmung mit der lokalen Bevölkerung flankiert wurde. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass friedliche Stabilisierungsmaßnahmen nachhaltiger sind als militärisches Vorgehen. Trotz

aller Erfolge im Bereich der Demokratisierung können diese jedoch meist nur durch Verständigung mit den traditionellen lokalen Kräften und mit Stammesführern durchgesetzt werden. Viele Beispiele aus verschiedenen Teilen Afghanistans zeigen, dass die lokalen Eliten auch den Einfluss haben, Vereinbarungen mit ehemaligen oder verbliebenen Taliban zu schließen. Sprachlosigkeit ihnen gegenüber ist deshalb keine Option.

Es ist ein Markenzeichen der deutschen Außenpolitik, immer auch den Dialog mit unbequemen Gesprächspartnern zu suchen. Durch unsere Erfahrung können wir die afghanische Regierung in ihrem Bemühen um nationale Aussöhnung ausdrücklich unterstützen. Dazu gehört aber auch eine regionale Strategie, die insbesondere die Interessen Pakistans und des Iran mit berücksichtigt. Die vorsichtigen diplomatischen Kurskorrekturen der US-Regierung muss die EU aufgreifen und eine neue Initiative für Afghanistan auf den Weg bringen. Zivilen Verhandlungslösungen mit allen verhandlungsbereiten und verlässlichen Kräften sollte dabei stets Vorrang eingeräumt werden. Doch ohne zusätzliche Investitionen in den Wiederaufbau wird die NATO in Afghanistan ebenso scheitern wie George W. Bush im Irak. ■



↳ Niels Annen, MdB (SPD), ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Mitherausgeber der spw, er lebt in Hamburg.

Foto: privat

Der Staat misstraut seinen Bürgern

von Christoph Strässer ■ ■

» Der Staat misstraut seinen Bürgern. Nur so kann man die Botschaften aus dem Hause Schäuble bewerten. Für den „Verfassungsminister“ ist das Grundgesetz nichts weiter als Knetmasse, die man so lange „anpassen“ muss bis sie passt.

□ Das Beispiel „Luftsicherheitsgesetz“

Das Bundesverfassungsgericht sagt klar und unmissverständlich (und zu Recht) „nein“ zu dem Vorhaben, den Abschuss eines besetzten Passagierflugzeuges zu legitimieren, wenn dadurch ein gravierender terroristischer Anschlag verhindert werden kann. Die Abwägung von Menschenleben gegeneinander ist schlicht unzulässig. Antwort Schäuble: Dann ändern wir eben das Grundgesetz. Vergleichbar agiert er bei seinem Vorhaben, die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Innern auszuweiten.

□ Zugriff auf persönliche Daten

Schäubles Vorhaben, das Passgesetz zu ergänzen und Ermittlungsbehörden automatischen Zugriff auf die dort seit 2005 gespeicherten digitalen Daten zu ermöglichen – sozusagen als zentrales Einwohnermelderegister – bedeutet sowohl den schrankenlosen Zugriff auf die gespeicherten Fotos als auch die neuerdings registrierten Fingerabdrücke. Noch Otto Schily, nicht gerade bekannt als Weichei im Umgang mit Bürgerrechten im Verhältnis zur vermeintlichen Erhöhung der inneren Sicherheit, hat noch formulieren lassen: „Die bei der Passbehörde gespeicherten Fingerabdrücke sind spätestens nach der Aushändigung

des Passes an den Passbewerber zu löschen“. So lautet auch noch die ursprüngliche Fassung des Gesetzentwurfs. Die Begründung Schäubles für die Verschärfung ist, dass verhindert werden soll, dass „Menschen mit falscher Identität“ unterwegs sind. Klingt harmlos, ist aber das Gegenteil: es geht um die Daten von Millionen Menschen, die sich noch etwas zuschulden haben kommen lassen. Die Konsequenz erfolgt im nächsten Schritt: Registrierung des DNA-Codes bei allen Neugeborenen, sukzessive dann natürlich auch bei den Älteren.

□ Unschuldsvermutung

Auch das Geschwätz des Innenministers darüber, dass die „Unschuldsvermutung“ nicht im Ermittlungsverfahren gelte, ist gefährlich und relativiert, ja demontiert den Anspruch der betroffenen Bürger auf ihr Persönlichkeitsrecht, auf ihren verbürgten Anspruch auf informationelle Selbstbestimmung und macht ihn zum Objekt staatlichen Handelns. Das fundamentale rechtsstaatliche Prinzip der Unschuldsvermutung gilt ausschließlich im repressiven Bereich, also bei der Strafverfolgung, es hat in diesem Sinne niemals im präventiven Bereich, im Ermittlungsverfahren, gegolten. Schäuble will den verdachtunabhängigen Zugriff auf die Daten der Bürger, er will, wie Heribert Prantl es ausgedrückt hat, den Weg vom Rechtsstaat zum Präventivstaat. Telekommunikationsüberwachung und Vorratsdatenspeicherung sind weitere Schritte auf diesem Weg. Die SPD ist gut beraten, sich diesen Vorhaben massiv zu widersetzen und ihre Stellung als Partei der Bürgerrechte erneut unter Beweis zu stellen ■



☞ Christoph Strässer, MdB (SPD), ist u.a. Mitglied im Rechtsausschuss und Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, er lebt in Münster.

Foto: www.spdfraktion.de

⊕ Pro: Brauchen wir das Zentralabitur?

von Renate Hendricks



↳ Renate Hendricks, MdL (SPD), Dipl.-Sozialpädagogin, lebt in Bonn.

Foto: privat

In verschiedenen Gebieten Deutschlands hat das Zentralabitur schon eine lange Tradition. Zentralprüfungen gab es in den Ländern der ehemaligen der DDR ebenso wie in Bayern und Baden Württemberg.

» Den entscheidenden Impuls zur Ausweitung dieser Praxis gaben die internationalen Leistungsuntersuchungen wie TIMSS und PISA, in denen Deutschland insgesamt keine befriedigenden Ergebnisse erzielte. Zudem gab es eine hohe Leistungsstreuung zwischen den Bundesländern und in den Ländern zwischen den Schulen gleicher Schulform sowie eine große Gruppe von Risikoschüler/innen. Bei den internationalen Vergleichen haben die Länder besser abgeschnitten, die ihre Leistungserwartungen verbindlich festlegen und das Erreichen systematisch überprüfen. Vor diesem Hintergrund hat die Kultusministerkonferenz verbindliche Standards und zentrale Prüfungen beschlossen. Dementsprechend sind die Grundlagen für das Zentralabitur in NRW schon unter der rot/grünen Landesregierung gelegt worden.

Zentrale Prüfungen wirken Standard sichernd und auf den höchsten Kompetenzstufen führen sie zu leicht erhöhten Schülerleistungen (Baumert/Watermann 2000). In vielen „Gewinnerstaaten“ von PISA gibt es zentrale Prüfungssysteme, so in Finnland, England, Schweden oder den Niederlanden. Alle diese Länder gehen vom Leitbild einer selbständigen Schule aus, die in ihren Leistungen überprüft werden. Diese Umstellung auf eine outputorientierte Steuerung des Schulwesens

benötigt einheitliche Ziele und vergleichbare Qualität in den Schulen. In Nordrhein-Westfalen wurde in der letzten Legislaturperiode begonnen, ein System der Standardsetzung und Standardsicherung zu implementieren. Zur Sicherung von Schulqualität müssen Schulen Handlungsspielräume und Unterstützung erhalten. Die Ergebnisse der zentralen Abiturprüfungen geben den Schulen Rückmeldungen, wie gut es ihnen gelungen ist, die gewünschten Lernprozesse zu ermöglichen, den Unterricht zu gestalten und Erlerntes zu sichern.

» Kritiker äußern, dass zentrale Prüfungen normierend und einengend auf die Unterrichtsinhalte wirken und damit auch Kreativität und besondere Leistungen behindern. Weiter wird eine mangelnde Passung von Prüfung und Unterricht befürchtet, die Schüler und Schülerinnen benachteiligen kann. Im Ergebnis kann es passieren, dass Schüler und Schülerinnen mit ihren Ergebnissen bei zentralen Prüfungen gravierend von ihren tatsächlichen Leistungen und den Vornoten abweichen. Gemindert wird dieser Effekt dadurch, dass die zentrale Prüfung nur einen Teil der Note festlegt.

Trotz dieser Problematik: Das Zentralabitur führt zu einer Vergleichbarkeit der Abschlussqualität. Die Diskussion um die Qualität von Schulen, speziell von Gesamtschulen, kann durch zentrale Prüfungen versachlicht werden. Dies tut der Weiterentwicklung des Schulsystems insgesamt gut. Pannen und einige Mängel beim ersten Zentralabitur in NRW bieten die Chance, dass Schulen und Kultusbürokratie aus den Fehlern lernen. ■

■ Contra: Brauchen wir das Zentralabitur?

von Kay Zerlin



☞ Dr. Kay Zerlin,
ist Mitglied im Juso-Landes-
vorstand NRW und lebt in
Solingen.

Foto: privat

Die Einführung des Zentralabiturs und zentraler Abschlussprüfungen in der Jahrgangsstufe 10 in NRW geht auf einem fehlgeleiteten PISA-Aktionismus zurück. Sinn der Zentralisierung sollte eine bessere Kontrolle der Schulen und Leistungen der Schüler und eine bessere Vergleichbarkeit der einzelnen Abschlüsse an den Schulen sein. Insbesondere hegt die Schwarz-Gelbe NRW-Landesregierung die perfide Hoffnung, endlich beweisen zu können, dass Gesamtschulen und Gymnasien kein gleichwertiges Abitur verleihen. Das ist aber die falsche Motivation und der falsche Weg zur Veränderung der Schullandschaft. Wichtiger wäre zur Optimierung des Schulsystems (abgesehen von der Einführung eines integrierten Gemeinschaftsschulsystems):

1. Individuellen Stärken und Schwächen jedes Schülers müssen in Zukunft besser berücksichtigt werden können. Einheitliche Prüfungsvorbereitungsjahre und zentrale Abschlussprüfungen bewirken genau das Gegenteil. Die Lehrer bekommen fast keine Chance mehr, außerhalb der engen Lehrpläne Wissen und Kompetenzen zu vermitteln. Unmöglich, dass Schüler noch einen Einfluss auf die gewählten Themen des Unterrichts haben. Besser wäre es, die individuelle Förderung auch in Taten umzusetzen und z.B. eine konstante Begleitung der Schülerinnen und Schüler während der gesamten Schulzeit zu gewährleisten, Noten abzuschaffen und individuelle Bewertungssysteme zu entwickeln. Sinnvoll wären auch Betreuungsteams aus Lehrern und anderen Fachkompetenzen und die Einführung von individuellen Bildungsbüchern.

2. Die von der Rot-Grünen Landesregierung begonnene Selbständigkeit von Schulen, die weitgehende Kompetenzen im Bereich Personalkonzeption- und -management sowie verstärkte Möglichkeiten der eigenständigen Profilbildung der Schule vorsieht, müsste konsequent fortgeführt werden. Diese Entwicklung ist allerdings mit einem Zentralabitur und zentralen Abschlussprüfungen gleichfalls nicht kompatibel.

3. Eine konsequente Outputsteuerung ist die notwendige Voraussetzung, um in einem System selbständiger Schulen einheitliche und hohe Qualitätsstandards zu gewährleisten. Voraussetzung für eine Outputsteuerung sind adäquate Kontrollmechanismen im Sinne von Qualitätsanalysen, in denen das Erreichen von zwischen Schulträger und Schule vereinbarten Zielen überprüft wird. Dies sind aber keine vom Ministerium vorgegebenen Prüfungskataloge und die uralte Methode Frontalunterricht. Vielmehr sollten um eine sinnvolle Steuerung zu ermöglichen, einige andere Voraussetzungen erfüllt sein: leistungsgerechte Entlohnung und flexible Weiterbildung der Lehrkräfte, Stärkung der Schulleitung und einer drittelparitätisch besetzten Schulkonferenz, Qualitätssicherung durch unabhängige Evaluation eines Landesinstituts in Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht.

Warum aber dann zentrale Abschlussprüfungen? Weil sie ein vorsintflutliches Schul- und Bildungssystem repräsentieren, dem sich insbesondere die jetzige NRW-Landesregierung gerne verschreibt und einfacher umzusetzen sind, als andere Maßnahmen. ■



Foto: www.spdfraktion.de

Kreativ und gestaltend nach vorne spielen

... und manchmal auch
dazwischen grätschen

Interview mit Ernst Dieter Rossmann

☞ Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion.

☞ Das Gespräch führte Reinhold Rürker.

spw: Die Stimmung in der großen Koalition ist abgekühlt. CDU/CSU picken sich die Rosinen heraus, während die SPD die Schwerstarbeit macht. Struck fordert von Merkel ein Machtwort. Steckt die Große Koalition in einer Krise?

Ernst Dieter Rossmann: Man kann schon den Eindruck bekommen, dass CDU/CSU den Vorwahlkampf eröffnet hat, während die SPD noch in die Koalitions-Pedalen tritt. Dabei kann es nicht nur um Machtworte von Frau Merkel gehen, die ihre CDU/CSU-Reihen wieder ordnen muss. Machtworte können kurzfristig vielleicht helfen, die Probleme der SPD lösen sie aber sicherlich nicht. Für die SPD muss es darum gehen, nicht nur den Koalitionsvertrag Punkt für Punkt abzuarbeiten, sondern eine strategische Politik zu entwickeln um für 2009 neue Mehrheitschancen zu gewinnen, bei der Arbeitnehmerschaft, bei den Frauen, den Rentnern, im aufgeklärten Bürgertum und bei den selbständigen Unternehmern, denen auch das soziale Miteinander und der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft wichtig ist.

spw: Wie ist die Rolle der PL in der Fraktion angesichts der Großen Koalition?

Ernst Dieter Rossmann: Wenn ich das ganz sozialdemokratisch als Fußballer beschreiben darf: Wir wollen kreatives und gestaltendes Mittelfeld der Fraktions-Mannschaft im Spiel nach Vorne sein. Wir wollen uns dabei nicht auf die Rolle als letzte Abwehrreihe beschränken lassen,

die die Notbremse zieht, bevor der politische Gegner zum Torschuss ausholt oder die eigene Mannschaft Gefahr läuft ein Eigentor zu schießen. Aber wenn der Ball zu weit in der eigenen Hälfte ist oder der Offensiv-Drang erlahmt muss man aber auch mal dazwischen grätschen. Insgesamt gilt: Wir sind nur ein Teil der Fraktion, nicht das Ganze und dürfen uns auch nicht so aufspielen. Wir sind an erster Stelle Sozialdemokraten und dann Pler!

spw: Die Steuereinnahmen sprudeln üppig. Teilt ihr das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis 2010?

Ernst Dieter Rossmann: Ja, aber nicht um jeden Preis. Wenn die steigenden Steuereinnahmen Spielraum für Haushaltskonsolidierung und soziale Innovationsprojekte bieten, ist es richtig beides zu tun. Klar ist aber, dass Projekte wie der Ausbau der Krippenplätze, Innovationen für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie Klimaschutz Priorität haben müssen vor sklavischen Festlegungen auf eine Jahreszahl für einen ausgeglichenen Haushalt. Zur Not kann dieser auch später erreicht werden.

spw: Die positiven Effekte auf dem Arbeitsmarkt wirken nur langsam. Welche Impulse verspricht ihr euch durch euren Vorschlag für ein Investitionsprogramm „Genshagen II“?

Ernst Dieter Rossmann: Wir wollen eine nachhaltige Gestaltung sozialen, ökonomischen und ökologischen Wandels mit Perspektiven für mehr Beschäftigung verbinden. Dazu müssen wir mit der Logik einer Politik brechen, die sich einseitig auf eine rigide Sparpolitik bzw. auf eine allgemeine Steuersenkung beschränkt. Die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft wird sich nicht daran entscheiden, ob wir beim Wettlauf um die niedrigsten Steuern und Arbeitskosten als erste durchs Ziel laufen. Deutschland muss Qualitätsweltmeister werden. Dazu brauchen wir aber massive Investitionen in das lebenslange Lernen, in unsere soziale und bauliche Infrastruktur sowie eine Effizienzrevolution bei der Energienutzung. Das Arbeitspotential in diesen Branchen ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft; vor allem aus deshalb, weil wir den Weg in die ökologische Wissensgesellschaft bisher noch nicht konsequent genug beschreiten.

spw: Ist damit eine neue ökonomische Leitidee verbunden?

Ernst Dieter Rossmann: Eine neue vielleicht nicht, aber eine erfolgreiche. Ich behaupte, dass der jetzige Aufschwung durch das 25-Milliarden-Investitionsprogramm von Genshagen aus dem Januar 2006 mit befördert wurde. Mit den wegweisenden Genshagener Beschlüssen konnte auf Initiative der SPD ein neues Kapitel von staatlicher Innovationspolitik jenseits der bisherigen Blockadepolitik von CDU/CSU aufgeschlagen werden. Entgegen den Prognosen vieler so genannter Wirtschaftsexperten zeigt sich doch: Soziale Innovationspolitik kann Wachstum und Arbeitsplätze schaffen.

spw: Welche Impulse setzt ihr aus der praktischen parlamentarischen Arbeit für die Programmdebatte?

Ernst Dieter Rossmann: Zunächst kommt es einmal darauf an, dass man durch die faktische Politik der SPD im Parlament nicht schon die formulierten Ziele aus dem Grundsatz-

programm konterkariert. Wenn ich im Bremer Entwurf für das Grundsatzprogramm lese, dass sich die Unternehmen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben beteiligen sollen, während wir gleichzeitig Milliarden-Entlastungen für die Konzerne beschließen sollen, dann passt da etwas nicht zusammen. Wir wollen aber auch darüber hinaus mitdiskutieren.

Ein wichtiger Punkt ist für uns, wie die SPD auf die verbreitete These des „Weltkriegs um Wohlstand“ mit einem in sich kohärenten Konzept für eine ökonomische und ökologische Entspannungspolitik antworten kann. Da fehlt dem derzeitigen Entwurf noch ein überzeugendes Leitbild. Hier wollen wir noch eigene Vorschläge einbringen.

spw: Vielen Dank für das Gespräch. ■

Akzente setzen, kontrovers debattieren



Mit Beiträgen von
Elke Ferner,
Dierk Hirschel,
Claus Möller,
Hermann Scheer,
Andrea Ypsilanti,
Heidemarie
Wieczorek-Zeul,
Christoph Zöpel
und vielen anderen

184 Seiten · € 14,80 · ISBN 978-3-86602-020-7

Jetzt bestellen und lesen: www.vorwaerts-buch



Foto: www.photocase.com

„Kommunale Wirtschaft“

Einleitung zum Schwerpunkt

von Ulf-Birger Franz



Bereits in Ausgabe 153 hat sich spw unter dem Titel „Öffentliche Aufgaben“ mit der Frage öffentlicher und speziell kommunaler Daseinsvorsorge beschäftigt. Der Schwerpunkt diente nicht zuletzt der Vorbereitung der spw-Frühjahrstagung im April 2007, die sich intensiv mit der Frage der „Kommunalen Wirtschaft“ und mit politischen Eingriffsfeldern rund um das Thema auseinandergesetzt hat. In diesem Schwerpunkt dokumentieren wir überwiegend die sehr anregenden Beiträge und Diskussion der Tagung, die nicht den Schlusspunkt der Bearbeitung dieses Thema darstellen wird. So wird spw auch in den kommenden Ausgaben immer wieder Debattenbeiträge aufnehmen.

□ Private Rechtsformen erfordern politische Steuerung

Deutschlands Kommunen erledigen einen zunehmenden Teil ihrer Aufgaben durch Tochterunternehmen und damit in privatwirtschaftlichen Rechtsformen. Viele kommunale Wirtschaftsförderungen, Gebäudemanagements oder Stadtentwässerungen, die früher als Fachbereiche oder Eigenbetriebe der Verwaltungen geführt wurden, sind heute GmbHs. Ziele dieser Rechtsformänderungen sind zumeist mehr Eigenständigkeit und Verantwortung für die einzelnen Einheiten sowie die Erhöhung und bessere Messbarkeit der Wirtschaftlichkeit. Mit privatwirtschaftlichen Organisationsformen sind allerdings unübersehbar auch Risiken verbunden. So entziehen sich diese Einheiten oftmals der demokratischen Kontrolle durch die Kommunalparlamente und haben einen Hang zur Verselbstständigung. Am Ende haftet die Kommune im schlechtesten Fall für wirtschaftliche Abenteuer, die sie selbst kaum noch beeinflussen kann.

» Vor dem Hintergrund der großen Risiken wirtschaftlicher Betätigung, aber auch der gewaltigen Chancen und Gestaltungsspielräume, die gut geführte kommunale Unternehmen für die Politik in Städten und Regionen bedeuten, gewinnt die Frage der Steuerung kommunaler Unternehmen und Konzerne eine wachsende Bedeutung. Wolfram Bremeier, ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Kassel, beschreibt in seinem Beitrag mit Hans Brinckmann und Werner Kilian das Spannungsverhältnis zwischen mehr Eigenständigkeit und demokratischer Kontrolle von Unternehmen. Dabei steht der Begriff der Public Governance als Modell zur Gesamtsteuerung des „Konzerns Stadt“ im Zentrum. Ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Unternehmenslandschaft sind die Sparkassen, die gemeinsam mit den Landesbanken den öffentlich-rechtlichen Sektor des deutschen Bankenwesens ausmachen, das durch die genossenschaftlichen Banken und die Privatbanken komplettiert wird. Der starke öffentlich-rechtliche Finanzsektor in Deutschland spielt bei der flächendeckenden Versorgung von Bevölkerung und Unternehmen mit Finanzdienstleistungen ebenso wie bei der Förderung von Existenzgründungen eine Schlüsselrolle. Trotzdem ist er insbesondere den großen Privatbanken, die sich im letzten Jahrzehnt stark aus der Fläche zurückgezogen haben und Menschen mit geringem Einkommen wie kleine Betriebe als Kunden ausgeschlossen haben, ein Dorn im Auge. Dies hat sich nicht zuletzt durch den Streit um den Namensschutz für die Sparkassen auf EU-Ebene dokumentiert. Auch wenn dieser weiter fortbesteht, zeigen nicht zuletzt die (teilweise erzwungenen) Ausstiege der Länder Berlin und Mecklenburg-Vorpommern aus dem öffentlich-rechtlichen Bankensystem und der Streit um den Erwerb der Berliner Sparkasse, dass die Auseinandersetzung weiter andauern wird.

□ Öffentliche Beschaffung lässt sich steuern

Stefan Gärtner vom Institut Arbeit und Technik Gelsenkirchen beschäftigt sich seit Jahren mit der Bedeutung der Sparkassen für die Regionalentwicklung in Deutschland, die sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial, sportlich und kulturell ausdrückt. Er zeigt auf, wie selbstverständlich dieses Engagement flächendeckend ist und wie die Sparkassen zur Lebensqualität in Städten und Regionen beitragen. Freilich zeigen die Beispiele Landesbank Berlin und WestLB, dass auch der öffentlich-rechtliche Finanzsektor nur dann funktioniert, wenn er politisch wirksam kontrolliert und gesteuert wird und die strukturpolitischen Ziele nicht aus dem Blick geraten.

Kommunen betätigen sich nicht nur durch eigene Unternehmen wirtschaftlich, sondern sie stellen auch eine ganz erhebliche Nachfragemacht für Güter und Dienstleistungen dar. Öffentliche Aufträge sind für einzelne Branchen wie das lokale Handwerk überlebenswichtig. Trotz der zentralen Bedeutung für die regionale Wirtschaft haben Kommunen keine „Beschaffungsstrategien“. Angesichts des sehr strengen Rahmens durch Vergaberegeln und -richtlinien dominiert die Angst, gegen rechtliche Vorgaben zu verstoßen, wenn außer dem Preis weitere Beschaffungsziele (z.B. Innovation, Tariftreue oder Ressourcenschonung) verfolgt werden. Sascha Ruhland vom Fraunhofer Institut Systemtechnik und Innovationsforschung zeigt vor dem Hintergrund zwei aktueller Studien des Instituts Möglichkeiten auf, durch öffentliche Beschaffung Einfluss auf Innovationsprozesse zu nehmen. Deutlich wird dabei, dass eine bessere Schulung der verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keinesfalls ausreicht, sondern dass eindeutige politische Vorgaben zur öffentlichen Beschaffung erforderlich sind. Die Debatte um die Rolle der öffentlichen Hand für Innovationsprozesse begleitet spw unter dem Titel „Der Staat als Pionier“ ja bereits seit vielen Jahren und wird hier neu aufgegriffen.

Der Rechtsrahmen für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ändert sich fortlaufend und wird mittlerweile vor allem durch die europäische Ebene strukturiert. Dies gilt gleichermaßen für Betätigungsmöglichkeiten kommunaler Unternehmen, Auftragsvergaben und öffentlich-private Partnerschaften. Barbara Weiler, Mitglied des Europäischen Parlaments, skizziert am Beispiel öffentlich-privater Partnerschaften oder Public-Private Partnerships (PPP) die Entwicklung des europäischen Rechtsrahmens und die Rechtspraxis. Dabei wird nicht zuletzt deutlich, dass derartige Partnerschaften in ihren Möglichkeiten oftmals überhöht werden und sich das Thema nicht zuletzt durch eine ganze Branche von PPP-Beratern teilweise verselbstständigt hat.

□ Kommunale Strukturen müssen sich weiterentwickeln

Die Debattenbeiträge um die Zukunft der kommunalen Wirtschaft verdeutlichen, dass kommunale Unternehmen kaum Zukunft haben, wenn die Diskussion als reiner Abwehrkampf geführt wird. Es ist vielmehr notwendig, die Bedeutung der kommunalen Wirtschaft herauszuarbeiten und ihre Strukturen gleichzeitig offensiv weiterzuentwickeln. Dazu können neue Kontrollinstrumente und mehr Transparenz beitragen, aber unter Umständen auch neue Rechtsformen wie die in Bayern eingeführten Kommunalunternehmen. Neue Instrumente wie Bürgeraktien könnten eine Alternative zu Teilprivatisierungen an große Versorgungsunternehmen darstellen. Auch die Tarifpolitik wird das große Gefälle zwischen öffentlichen Unternehmen und der privaten Konkurrenz abbauen müssen. Schließlich wird nur ein vitaler, innovativer und wirtschaftlich solider kommunaler Sektor bei den Bürgerinnen und Bürger die Akzeptanz und Identifikation finden, um ihn vor politischen Angriffen neoliberaler Marktideologen zu schützen. ■

☞ Ulf-Birger Franz, Hannover, ist Mitglied im SPD-Bezirksvorstand Hannover.

Kommunale Unternehmen im „Konzern“ Stadt

von Wolfram Bremeier,

Hans Brinckmann, Werner Killian ■ ■



Foto: Christian Kiel

Der Beitrag geht auf ein von der Hans-Böckler-Stiftung gefördertes Forschungsprojekt zurück, in dem von September 2004 bis Februar 2006 kommunale Unternehmen untersucht wurden. Weitere Ergebnisse sind der Homepage www.kommunale-strategien.de zu entnehmen. – Auch in dieser Zeitschrift wurde die Privatisierungsdebatte geführt. Darum geht es uns hier nicht. Es kommt uns darauf an sicher zu stellen, dass die öffentlichen Unternehmen so geführt werden, dass sie die öffentlichen Aufgaben erfüllen. Schließlich kommt es nicht auf den Besitz von Unternehmen an, sondern auf den öffentlichen Zweck der Unternehmensgründung.

» Kommunale Aufgaben werden zunehmend in privatrechtliche Unternehmen ausgegliedert. Dadurch nimmt die Zahl der kommunalen Unternehmen trotz der Privatisierungsbewegungen insgesamt eher zu. Es gibt jedoch keine gemeinsame Vorstellung bzw. ein allseits akzeptiertes Regelwerk über die Führung dieser ausgegliederten Aufgaben in den kommunalen Unternehmen. Selbst angesichts der dynamischen Entwicklung von Ausgliederungen hat sich keine „best practice“ entwickelt, die Hinweise darüber geben könnte, für welche Aufgabe sich welche Organisationsform empfiehlt, welche Kombinationen von Aufgaben in einem Unternehmen sich bewähren und welche Unternehmensverflechtungen sich anbieten. Undurchsichtigkeit und Unvergleichbarkeit sind die Folge.

□ Es geht um mehr als um Beteiligungssteuerung im herkömmlichen Sinn

Eine zentrale kommunalpolitische Herausforderung besteht darin, die Aufgabenerfüllung durch die kommunalen Unternehmen als strategische wie operative Aufgabe der Kommunalpolitik und -verwaltung zu betrachten. Wenn von der Steuerung dieser kommunalen Unternehmen gesprochen wird, dann wird der Blick allenfalls auf die finanziellen Aspekte gelenkt und lässt die inhaltlichen Aspekte weitgehend außer Betracht.

Ausgelagerte Aufgaben sollten weiterhin Teil einer kohärenten kommunalen Politik sein. Der „öffentliche Zweck“ der unternehmerischen Betätigung der Gemeinden ist nur dann gewährleistet, wenn die Aufgabenträger von den Gliederungen der Kernverwaltung über die Regiebetriebe, die Eigenbetriebe bis zu den privatrechtlich organisierten kommunalen Unternehmen und den öffentlich-rechtlichen Unternehmen in eine kommunale Strategie eingebunden sind. Ist für die Kommune die Dienstleistung eines kommunalen Unternehmens nur noch die Gelegenheit für die Erzielung von Gewinnen, dann ist der öffentliche Zweck entfallen und damit auch eine Rechtfertigung für die Beteiligung der Kommune an diesem Unternehmen.

□ Strategische Steuerung

Mit der Ausgliederung von Aufgaben auf kommunale Unternehmen sollen vielfach auch Ziele erreicht werden, die denen des Neuen Steuerungsmodells entsprechen: Die Politik und die kommunale Spitze der Verwaltung sollen sich stärker auf die langfristigen Ziele, auf die Strategie konzentrieren, also sich mit dem „Was“ befassen. Die Umsetzung der Strategie in operative Maßnahmen, also das „Wie“, ist demgegenüber den fachlichen Einheiten zur eigenen Entscheidung im Rahmen des jeweiligen Budgets zu überlassen. Das erste Ziel – „let managers manage“ – wird durch die Ausgliederung aus der Verwaltungshierarchie und die operationale Deregulierung weitgehend gesichert. Das zweite Ziel aber – „make managers manage“ – bleibt nach unseren Erhebungen ungesichert, weil es kaum präzise Erwartungen, also Zielvereinbarungen oder Dienstleistungsverträge, gibt, kaum an operationale Vorgaben geknüpfte Verantwortlichkeiten oder kontinuierliches Monitoring. Dies ist kein Problem der Ausgliederung von Aufgaben auf eigenständige Unternehmen an sich, sondern ein strategisches Defizit der Kommune insgesamt; dieses Defizit ist aber besonders folgenreich.

□ Notwendige Reregulierung

Mit der Ausgliederung der Aufgabe aus der Kernverwaltung verlässt diese einen relativ dicht regulierten Bereich: Die Verantwortlichkeit wird verlagert aus der kommunalverfassungsrechtlichen Struktur einer Gemeinde mit ihren Checks-and-Balances auf eine gesellschaftsrechtliche Beziehung zwischen der Gemeinde als dem Inhaber der Gesellschaftsanteile und dem rechtlich selbstständigen Unternehmen mit eigener Leitung. Diese Folge ist ganz selbstverständliches Ziel der Ausgliederung, denn es geht ja insbesondere um eine größere Handlungsfreiheit außerhalb des engen Rahmens einer öffentlichen Verwaltung, also um Deregulierung. Aber da es sich nach wie vor um eine öffentliche Aufgabe handelt, die zu erledigen ist, ist neben Deregulierung auch Reregulierung erforderlich. Regulierer sollte hier jedoch weniger

der Staat, etwa durch die Schaffung eines besonderen Gesellschaftsrechts für öffentliche Unternehmen, oder das Land, etwa durch Ergänzung des Gemeindeverfassungsrechts, sein, sondern die Kommunen selbst. Dass diese den damit verbundenen normativen und administrativen Aufwand zu leisten bereit sind, ist mit Blick auf die kommunale Praxis zweifelhaft.

□ Klarheit der Rollen

Neben ihrer Stellung als Eigentümer/Gesellschafter hat die Gemeinde auch die Position des primären Kunden des kommunalen Unternehmens und steht mit diesem in einer Besteller-Ersteller-Beziehung, häufig verbunden mit finanziellen Ausgleichsansprüchen des Unternehmens. Auch ist die Gemeinde mit ihren Mandatsträgern kontrollierende Instanz im Aufsichtsgremium der Gesellschaft. Wo die eigentliche Politik stattfindet – in der Gemeindevertretung anlässlich der Frage von finanziellen Zuwendungen, in der Gesellschafterversammlung mit den Repräsentanten der Gemeinde als Shareholder, in den Aufsichtsgremien der Gesellschaft mit Kommunalpolitikern als Kontrolleuren der Geschäftsführung oder in informellen Kontakten zwischen kommunaler Leitung und Geschäftsleitung des kommunalen Unternehmens – ist nicht explizit geregelt und im kommunalpolitischen Alltag nicht klar, oft nicht einmal den Beteiligten selbst. Die Empirie zeigt, dass der eigentliche Ort des Einflusses bei privatrechtlichen Gesellschaften, nämlich die Gesellschafterversammlung, ebenso wenig genutzt wird wie die vertragliche Regelung des Besteller-Ersteller-Verhältnisses.

□ Transparenz der Personalien

Faktisch haben Geschäftsführer großer kommunaler Unternehmen eine kommunale Position, die einem Dezernenten, zumindest aber einem Amtsleiter vergleichbar ist. Die Besetzung dieser Positionen vollzieht sich aber in einem Prozess, der sich nicht an die Regeln der Personalentscheidungen

für Positionen in der Kernverwaltung halten muss. Vergleichbares gilt für den Inhalt des Anstellungsvertrages in Bezug auf Leistungserwartungen und Einkünfte. Auch der Entscheidungsrahmen, innerhalb dessen der Geschäftsführer handeln kann, ist weiter gezogen als bei einem leitenden Mitglied der Kommunalverwaltung. Dies ist gewollt, schafft aber Ungleichgewichte, die vom Personellen ins Sachliche herüberspielen, etwa wenn kommunale Unternehmen als Mäzene oder Wohltäter auftreten und dabei nicht offen legen, dass sie zu Lasten des an den Gemeindehaushalt abzuführenden Gewinns handeln.

□ Vergleichbarkeit der Kontrolle

Die durch die Ausgliederung auf eine andere Rechtsform durchaus erwünschte Änderung der Regeln für das Rechnungswesen, also der Übergang von der Kameralistik auf kaufmännische Buchführung, hat zwangsläufig zur Folge, dass das kommunale Unternehmen einer anderen Finanzkontrolle unterliegt. Da es auch zwischen den kommunalen Unternehmen erhebliche Unterschiede in der Rechnungslegung gibt, wird es für die kommunale Politik schwierig, eine Übersicht über die vielfältigen Rechnungslegungen und die Arbeitsergebnisse der Wirtschaftsprüfer zu behalten. Soll die kommunale Rechnungsprüfung in Verwaltung und Gemeindevertretung auch die kommunalen Unternehmen in vollem Umfang erfassen, so muss sie ihre Arbeit ausweiten. Hierfür fehlen im Allgemeinen die Ressourcen für die Beherrschung der unterschiedlichen Regeln und Materialien.

□ Einwirkung der Gemeindevertreter

Aus dem – erklärten oder impliziten – Ziel, bestimmte Angelegenheiten aus der Gemeindevertretung in einen weniger (tages-)politischen, eher unternehmensbestimmten Zusammenhang zu bringen, folgt zwingend ein geringerer Zugriff der gewählten Vertreter in der kommunalen Vertretung. Dies kann durch die Besetzung der Organe des kommunalen Unternehmens mit Repräsentan-

ten der Gemeinde teilweise kompensiert werden. Die Gemeindeordnungen sehen daher auch in aller Regel vor, dass der Bürgermeister oder eine von der Gemeindevertretung zu wählende Person die Gemeinde in der Gesellschafterversammlung vertritt. Für weitere Mandate ist zumindest als Hilfsregelung eine Wahl nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip vorgesehen, um allen politischen Richtungen die Möglichkeit der Mandatsausübung im kommunalen Unternehmen einzuräumen.

» Die kommunale Praxis zeigt aber, dass sich daraus keine konsequente Rückbindung in das kommunale Parlament und deren Fraktionen ergibt, sondern eher die Ausbildung von Experten, die ihre Aufgabe in dem Organ des kommunalen Unternehmens verselbstständigt ausüben. Dass sie bei der Ausübung ihres Mandates eher im Interesse des Unternehmens handeln als in dem einer integrativen Kommunalpolitik, entspricht zumindest bei einer Tätigkeit in einem Aufsichtsrat den Intentionen des Gesellschaftsrechts.

□ Defizite bei der Steuerung kommunaler Unternehmen

In unserer empirischen Untersuchung haben wir uns sowohl im quantitativen wie im qualitativen Untersuchungsteil mit Aspekten der Steuerung kommunaler Unternehmen durch die Kommunen befasst und wollen zwei Ergebnisse hervorheben:

1. Von den kleineren zu den größeren Kommunen nimmt die Steuerungsintensität im Großen und Ganzen zu, ohne jedoch der Intensität und dem Umfang nach mit der Steuerung in der Privatwirtschaft vergleichbar zu sein.
2. In den meisten Kommunen des Untersuchungssamples findet eher eine traditionelle personale Steuerung statt, während die Steuerungsinstrumente entweder nicht bekannt sind oder nicht angewandt werden.

» Dieser zweite Befund hat insbesondere für die Kommunen unter 20.000 Einwohner Gültigkeit. Aber selbst in den Städten, in denen die participationssteuerung ausgebaut ist, sind die Ergebnisse der Steuerung nicht durchweg befriedigend, so dass es insgesamt an einer Kohärenz der Erledigung öffentlicher Aufgaben in einer Kommune fehlt. Aus unserer Erhebung und aus anderen Untersuchungen, die zu vergleichbaren Erkenntnissen gekommen sind, ergeben sich die folgenden Gründe für dieses Defizit kommunaler Politik.

□ Orientierung an privatwirtschaftlichen Steuerungsformen

Die participationssteuerung der Gemeinden ist, wo sie als ein entwickeltes Instrument gehandhabt wird, nach dem Vorbild der Konzernsteuerung in der Privatwirtschaft aufgebaut. Der Komplexität der mit kommunalen Aufgaben zu erreichenden Ziele kann dieser Ansatz jedoch nicht gerecht werden; er ist eine notwendige Voraussetzung zur Sicherung kommunalen Vermögens, aber keine hinreichende Sicherung kommunaler Ziele und demokratischer Strukturen.

□ Überlassung der Aufgabe an den vermeintlich politisch nicht zu beeinflussenden Markt

Die Ausgliederung von Aufgaben aus dem Verwaltungskörper der Gemeinden und Landkreise in selbstständige Unternehmen geht mit der Vorstellung einher, dass damit die durch die Unternehmen wahrgenommene Aufgabe ihren politischen Gehalt verloren hat. Qualitäten und Quantitäten der Aufgabenerfüllung werden allein, soweit vorhanden, den Wettbewerbsregeln des Marktes überlassen, auf dem die kommunalen Unternehmen zukünftig agieren.

□ Mangelndes Verständnis für die wirtschaftspolitische Bedeutung der kommunalen Unternehmen

Die Unternehmen haben neben der Erledigung der eigentlichen Aufgabe häufig eine die Entwicklung der Stadt und der Region stark mitbestimmende Rolle. Diese wird aber zu selten zum Bestandteil kommunaler Politik gemacht. Allein die Größe vieler kommunaler Unternehmen legt es nahe, auf ihr Gewicht am Arbeitsmarkt und in der Ausbildung hinzuweisen.



Foto: Christian Kiel

» Viele Unternehmen sind bzw. könnten Schrittmacher bei der Einführung von fortgeschrittenen Technologien sein. In der Energiewirtschaft ist es ansatzweise gelungen, die Technologien der Energieeinsparung, der alternativen Energien und der Kraft-Wärme-Koppelung einzuführen, obwohl die Marktbedingungen lange Zeit eine andere Strategie nahe gelegt haben. In praktisch allen Tätigkeitsbereichen der kommunalen Unternehmen lässt sich ihr potenzielles politisches Gewicht für die Entwicklung der Städte und Kreise beschreiben: Innovationstransfer, Investitionstätigkeit, Ausbildung, Strukturpolitik usw. In den meisten Fällen werden diese Möglichkeiten durch die kommunalpolitischen Entscheidungsträger nicht wahrgenommen.



□ Uneindeutige Machtverhältnisse zwischen Kommunen und kommunalen Unternehmen

Anders als in der Privatwirtschaft fehlt es in den Städten und Kreisen an einer Institution, die insgesamt für Kernverwaltung und kommunale Unternehmen, also für den gesamten „Konzern Stadt“, die Verantwortung trägt und Steuerungsvollmachten besitzt. Zwar ordnen die meisten Gemeindeordnungen dem Bürgermeister die Rolle der Repräsentation des Eigentümers in der Gesellschafterversammlung zu, doch wird dies eher als finanzielle Kontrollfunktion verstanden, denn als Position des CEO des Konzerns Stadt.

» Versteht man die Bürger und Bürgerinnen einer Stadt in einer vermittelten Form als die „Aktionäre“ der kommunalen Unternehmen, so fehlt ihnen eine Möglichkeit, diesen Status als Quasi-Gesellschafter auszuüben. Der Lobbyismus der kommunalen Unternehmen bei ihren Städten kennt hingegen viele Varianten.

□ Unklare Ziele und Zielparadoxien

Die Zielstrukturen der kommunalen Unternehmen sind häufig nicht steuerungsgeeignet. Die meisten Kommunen begnügen sich mit kurz gefassten, sehr breit angelegten Zielbeschreibungen in den Unternehmenssatzungen. Ungenaue Zielbestimmungen führen in den kommunalen Unternehmen zu Unklarheiten und Unsicherheiten. „Zielparadoxien“ wie der Gegensatz politischer zu unternehmerischen Zielsetzungen (Beispiel: politisches Ziel Energiesparen zu unternehmerischen Ziel Absatzerhöhung/Gewinnoptimierung) können nur auf der politischen Ebene gelöst werden. Sie bestehen i. d. R. ungelöst nebeneinander her.

□ Verselbstständigung als Übergang in eine neue Governance-Struktur

Bei dem Steuerungsproblem handelt es sich nicht allein um ein schlichtes Vollzugsdefizit, dem durch eine striktere Befolgung von Vorschriften und eine verschärfte Kommunalaufsicht beizukommen wäre. Vielmehr ist die Steuerungsperspektive zu erweitern, und von einer neuen Handlungsgrundlage kommunaler Politik auszugehen: An die Stelle des unitarischen Konzepts der einen Kommunalverwaltung, die sich bestenfalls einiger Hilfsinstitutionen bedient, tritt das System verteilter Aufgabenträger mit spezifischen Kompetenzen. Jedes kommunale Unternehmen mit einer bedeutenden Aufgabe bildet eine eigenständige Institution, die das Regelungssystem selbst beeinflusst und verändert, nicht nur durch ihre Existenz, sondern auch, vielleicht sogar vornehmlich, durch den Übergang in einen anderen institutionellen Typus, nämlich von einem Bestandteil der universell orientierten, wenn auch intern natürlich gegliederten öffentlichen Verwaltung zu einem Miteinander von Kernverwaltung und vielfältigen kommunalen Unternehmen.

□ Governance kommunaler Unternehmen

Wenn man von Governance statt von Steuerung spricht, soll dies verdeutlichen, dass Top-Down-Steuerung mit starken hierarchischen Elementen und mit einem klaren Übergewicht die Steuerungsprobleme nicht lösen kann, weil die Institutionen sich einem solchen System nicht mehr unterwerfen. Die Kommune hat vielmehr zur Kenntnis zu nehmen und dies vielleicht auch von vornherein so gewollt, dass das verselbstständigte Unternehmen zumindest teilweise in eine andere Umwelt gewandert und sich auch in dieser veränderten Regelungsstruktur zu bewähren hat. Eine Beteiligungssteuerung bzw. Governance, die dies ignoriert und eine Anbindung an die Kommune herstellen will, die der vor der Ausgliederung gleichwertig ist, gefährdet die Umsetzung des eigenen, mit der Ausgliederung der Aufgabe verbundenen Ziels.

□ Fazit: Plädoyer für einen Public Coporate Governance Kodex als Rahmen der Gewährleistung

Angesichts der Veränderungen in den Strukturen und Abläufen im „Konzern Stadt“ sowie der skizzierten Defizite in der Steuerung kommunaler Unternehmen plädieren wir für die Entwicklung eines kommunalen Coporate Governance Kodex für deutsche Kommunen. Dabei sind drei Regelungsdimensionen zu unterscheiden, die das Gewährleistungsverhältnis der Kommune gegenüber den kommunalen Unternehmen betreffen:

- die Gewährleistungsstruktur von kommunaler Politik und Kommunalverwaltung,
- die Besteller-Ersteller-Beziehung zwischen Kommune und Unternehmen,
- das kommunale Unternehmen als Ersteller öffentlicher Leistungen

Für jede dieser drei Dimensionen gilt es, einen Regulierungsrahmen zu entwickeln, der offen genug ist, um der oben gekennzeichneten Vielfalt kommunaler Situationen zu entsprechen, der vom öffentlichen Zweck ausgeht und damit davon, dass das kommunale Unternehmen eine kommunale Aufgabe erfüllt und nicht frei am Markt tätig ist, und der den Regelungsstrukturen beider Sphären, nämlich der Sphäre des Kommunalverfassungsrechts und der des Gesellschaftsrechts, entspricht.

Ein zu erarbeitender Public Coporate Governance Kodex hat außerdem einer Steuerungsphilosophie zu folgen, die die Grundgedanken der kommunalen Verwaltungsreform aufgreift und weiterführt: Das Verhältnis der Kommune zu seinen Unternehmen kann nicht nach den Prinzipien hierarchischer Einbindung gestaltet werden, denn dies würde den Zielen der Ausgliederung widersprechen. Auf der anderen Seite darf die Kommune das Unternehmen auch nicht völlig in den Markt entlassen, denn dann gibt es keine kommunalpolitische Rechtfertigung mehr dafür, eine Beteiligung an diesem Unternehmen

aufrechtzuerhalten; auf die formelle Privatisierung hätte dann die materielle zu folgen.

Der Public Coporate Governance Kodex hat zudem zu berücksichtigen, dass die kommunalpolitische Einwirkung auf die ausgegliederte Aufgabe von sehr unterschiedlicher Bedeutung ist. Es gibt Ausgliederungen auf eine GmbH, bei denen die Aufgabenverknüpfung, oft verbunden mit personeller Verknüpfung, eng ist. Man denke an eine für eine spezifische Aktion gegründete GmbH, die weiter in die Fachabteilung eingegliedert bleibt und im Wesentlichen nur dem Zweck einer spezifischen Finanzverwaltung dient (z.B. sog. Projektgesellschaften). Dem stehen Versorgungsaufgaben gegenüber, wie etwa Elektrizitätsversorgung, deren Dienstleistungsmerkmale einer kommunalen Regelung praktisch völlig entzogen sind. Hier könnte sich ein kommunalpolitisches Interesse an sekundären Aspekten festmachen, wie etwa Standort, Übernahme weiterer Aufgaben, Bereitstellung von Ausbildungsplätzen und Ähnliches. Auch die finanziellen Beziehungen differieren stark, so etwa zwischen kommunalen Unternehmen, deren Dienstleistung von Zuwendungen der Kommune abhängen, wie insbesondere im kulturellen Bereich, und solchen Unternehmen, die sich überwiegend oder vollständig aus anderen Quellen finanzieren, wie beispielsweise Krankenhäuser oder soziale Dienstleistungen. ■

☞ Wolfram Bremeier, war u.a. Oberbürgermeister in Kassel und arbeitet zusammen mit

☞ Prof. Dr. Hans Brinckmann, als Berater kommunaler Verwaltungen und Unternehmen.

☞ Dr. Werner Kilian, ist geschäftsführender Gesellschafter einer Managementberatung in Kassel.

Literatur

■ Bremeier, W./Brinckmann, H./Killian, W. (2006): Public Governance kommunaler Unternehmen. Vorschläge zur politischen Steuerung ausgegliederter Aufgaben auf der Grundlage einer empirischen Erhebung. Düsseldorf, Edition der Hans-Böckler-Stiftung 173.



Foto: Christian Kiel

Nachfrageorientierte Innovationspolitik und öffentliche Beschaffung

von Sascha Ruhland

» Innovationen werden in modernen kapitalistischen Produktionssystemen für gewöhnlich als das Ergebnis unternehmerischer, marktwirtschaftlicher Aktivitäten betrachtet. Die Rolle des Staates wurde und wird in diesem Zusammenhang wie auch anderenorts vielfach auf die angebotsorientierte Bereitstellung von (Aus-) Bildung oder auch Infrastruktur reduziert. Eine aktivere Einflussnahme ist nach dieser Argumentation nur in Fällen von „Marktversagen“ statthaft und auch dann eben auf die Angebotsseite beschränkt, etwa die Bereitstellung von Investitionen in Forschung und Entwicklung in Bereichen mit gesamtgesellschaftlich suboptimalem Investitionsverhalten privatwirtschaftlicher Akteure.

Eine andere, weniger dogmatische und an einem eher systemischen Verständnis von Innovationen ausgerichtete Sichtweise sieht darüber hinausgehende staatliche Aktivitäten mindestens genau immer dann gerechtfertigt, wenn sie dazu dienen, einen bestimmten gesellschaftlichen Bedarf zu befriedigen, der nur sehr unwahrscheinlich durch den Markt befriedigt werden würde. Tatsächlich

beziehen sich die meisten mit Innovationen verbundenen nachfrageorientierten Politikmaßnahmen und Beschaffungsprozesse auf ebensolche Produkte oder Dienstleistungen, die z.B. auf Nachhaltigkeit, alternative Energiegewinnung o.ä. abzielen.

» Jenseits aller theoretischen Diskussionen war der Ausgangspunkt aller Analysen öffentlicher Beschaffung als Element einer nachfrageorientierten Innovationspolitik bislang die Tatsache, dass es innerhalb der klassischen Innovationspolitik keinerlei oder zumindest keinerlei strategische Nachfrageorientierung gibt. Obwohl sich inzwischen ein Attitüdenwechsel sowohl innerhalb der wissenschaftlichen Auseinandersetzung als auch insbesondere unter politischen Entscheidungsträgern abzeichnet, sind die Argumente für eine nachfrageorientierte Ausrichtung der Innovationspolitik, mithin die Rolle von Beschaffung für Innovation nach wie vor nicht überall anerkannt.

Drei Begründungen für eine solche nachfrageorientierte Ausrichtung bzw. die Etablierung entsprechender Maßnahmen lassen sich erkennen:

(1)

Es existieren nachfrageseitige Hemmnisse, die entweder die Markteinführung oder die Marktdiffusion eines innovativen Gutes einschränken. Hierunter fallen die vergleichsweise höheren (Anschaffungs-) Kosten sowie der Mangel an Information darüber, was bereits möglich oder in Entwicklung befindlich ist als auch der Mangel an Wissen über Einsatzmöglichkeiten, Kosten und Nutzen innovativer Produkte und Dienstleistungen.

(2)

Bestimmte (sektorale) Politikziele, deren Erreichung im Sinne des Gemeinwohls als dienlich verstanden wird, lassen sich nicht über eine reine Angebotssteuerung erfassen und steuern. Da sich die Erreichung solcher Zielmarken für privatwirtschaftliche Akteure oftmals nicht oder nicht unmittelbar kapitalisieren lässt, weil entsprechende Maßnahmen aus unternehmerischer Sicht zunächst nur Kosten verursachen, muss der Staat in der Lage sein, über seine Marktmacht als Konsument oder die Schaffung von Märkten (Bsp. Emissionshandel) entsprechende Kapitalisierungsmöglichkeiten zu kreieren.

(3)

Staatliche Dienstleistungen unterliegen, wenn auch in einem anderen Maß als privatwirtschaftliche, dem permanenten Druck zur Verbesserung, nicht zuletzt aus der Situation der Rechtfertigung des Umgangs mit Steuermitteln gegenüber dem Steuerzahler heraus. Innovative Güter und Dienstleistungen können also helfen, die Leistungen des Staates selbst zu verbessern und effizienter zu machen.

Unter den nachfrageorientierten Ansätzen (etwa Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und zum Kompetenzaufbau, Regulation, finanzielle Unterstützung der privaten Nachfrage) wird der öffentlichen Beschaffung die direkteste Wirkung sowie eine sehr große potenzielle Bedeutung attestiert

(2003 wendeten die Staaten der EU im Durchschnitt 16% ihres BIP für Beschaffung auf). Neben den anderen genannten Möglichkeiten ist die öffentliche Beschaffung jedoch nur in einigen Staaten (Großbritannien, Niederlande und teilweise auch in Schweden) tatsächlich Teil der staatlichen Innovationspolitik, wohingegen die eher indirekten Maßnahmen in nahezu allen Staaten zu finden sind. Für Deutschland muss in jedem Fall attestiert werden, dass es keine generelle Absage an eine Nachfrageorientierung in der Innovationspolitik gibt. Vielmehr scheint sich diese Absage überwiegend auf die mögliche Rolle von Beschaffung ebenso zu begrenzen wie auf Politikfelder, die über keine oder nur sehr unscharf formulierte sektorale Politikziele verfügen, Felder, in denen also eine Orientierung an gesellschaftlich als relevant eingestuften Missionen fehlt. (Die prominentesten Beispiele einer missionsorientierten Politik finden sich vor allem in den USA, wie etwa die Mondlandung als Ziel US-amerikanischer Innovations- und Forschungspolitik.)

» Sektorale nachfrageorientierte Maßnahmen, die teilweise auch den Bereich der Beschaffung umfassen, sind auch in Deutschland immer wieder erfolgreich umgesetzt worden, etwa in den Bereich Photovoltaik, Energieeffizienz, erneuerbare Energien usw. Allerdings sind die Effekte auf das Innovationssystem selbst in diesen und anderen erfolgreichen Fällen nicht systematisch erfasst und demzufolge auch nicht zugänglich für Wissenstransfer, Lernen oder potenzielle Nachahmer. Eine explizite Nachfrageorientierung sowie eine strategische Nutzung von Beschaffung sind trotz einzelner Beispiele von good practice und trotz diverser Ankündigungen und veröffentlichter Pläne bislang ausgeblieben. Dies wird z.B. daran überdeutlich, dass es bereits 1983 eine Studie des IFO-Instituts gegeben hat, die eine Nutzung von Beschaffung für die Innovationspolitik angeregt hatte, auf deren Erscheinen jedoch keinerlei ernstzunehmende politische Reaktion folgte.

□ Warum wird die Beschaffung als Element der Innovationspolitik in Deutschland so wenig genutzt?

Zunächst ist die Beschaffung von Innovationen deutlich voraussetzungsreicher als die Beschaffung eines Standardproduktes. Käufer und Verkäufer müssen ganz grundsätzlich andere Rollen einnehmen, als sie dies zumeist gewohnt sind. Während eine standardisierte Lösung eine weitgehende Symmetrie des Wissens über die zur Verfügung stehenden Produkte einerseits (Käufer) und die Anforderungen des Einsatzes andererseits (Verkäufer) bedeutet, ist die Beschaffung innovativer Produkte und / oder Dienstleistungen wesentlich komplexer. Die zentrale Eigenschaft von Innovationen, nämlich neu zu sein, für den Markt, den Anwender, das Anwendungsgebiet etc. macht es vor allem für den Käufer ungleich schwieriger, sich über innovative Alternativen zur bisher beschafften Standardlösung zu informieren. Er muss also sowohl versuchen, einen anderen, engeren, vor allem kooperativen Kontakt zu potenziellen Lieferanten aufzubauen (in deren Interesse eine solche kooperative Austauschbeziehung selbstredend genauso steht), als auch sein eigenes Wissen permanent erweitern, um in der Lage zu sein, ein tatsächlich innovatives Gut als solches identifizieren zu können. Wenn gleich weniger zentral, so ist die Neuartigkeit eines Produktes für den Verkäufer zumindest dann problematisch, wenn er nicht alle möglichen Einsatzmöglichkeiten und damit Anforderungen kennt.

» Das Beschaffungsrecht als solches ist in vielen Fällen ein Hindernis für die Beschaffung von Innovationen. In Kombination mit einer noch sehr weit verbreiteten Einstellung unter Beschaffern, wonach die preiswerteste Lösung stets die beste sei, führen die gesetzlichen Restriktionen zu einem der Hauptprobleme bei der strategischen Nutzung von Beschaffungsmaßnahmen für die Innovationspolitik. Im Grundsatz erlaubt das Ausschreibungsrecht die Aufnahme von so genannten Abweichungen vom eigentlichen Ausschreibungstext. Hierin liegt nach einhelliger Auf-

fassung von Beschaffern und Anbietern die zentrale Möglichkeit, Innovationen zu beschaffen, ohne dabei aufgrund von (wegen der asymmetrischen Wissensverteilung über die Optionen teilweise notwendiger) Absprachen mit potenziellen Anbietern Gefahr zu laufen, den gesamten Beschaffungsprozess scheitern zu lassen. Empirische Studien haben z.B. für Österreich ergeben, dass es dort der Regelfall ist, dass solche Absprachen fast immer von Dritten genutzt werden, um über Gerichtsprozesse den Beschaffungsvorgang zu stoppen und neu ausschreiben zu lassen, dann allerdings unter Ausschluss der an der ursprünglichen Absprache beteiligten Unternehmen.

» Insgesamt ist der Voraussetzungsreichtum für eine korrekte, und im Sinne einer innovativen Lösung erfolgreiche, Beschaffung im Verständnis aller Beteiligten deutlich zu hoch. Sind die angesprochenen Abweichungen durch den Ausschreibungstext ermöglicht, muss der Anbieter etwa detailliert nachweisen, dass sein Produkt ökonomisch „vorteilhafter“ ist, d.h. preiswerter bei gleicher Leistung oder leistungsstärker bei gleichem Preis. Zusätzlich verhindert das – wettbewerbsrechtlich nachvollziehbare – Verbot von Absprachen den Austausch von Informationen zwischen Käufer und Anbieter über die sinnvolle Formulierung solcher Abweichungen. Des Weiteren hat die Rechtsprechung der EU inzwischen dafür gesorgt, dass technologische Mindestanforderungen nicht nur für die zu beschaffende Lösung, sondern auch die möglichen Abweichungen angegeben werden müssen. Wenn aufseiten des Beschaffers kein umfassendes Wissen über technologische Neuerungen, sich in Entwicklung befindliche Ansätze etc. vorhanden ist, kann nicht ausgeschlossen werden, dass dadurch unbeabsichtigt die beste und innovativste Lösung verhindert wird. Klärende Absprachen sind auch hier verboten, sofern sie nicht alle potenziellen Anbieter umfassen. In der Tat ist das Hauptproblem weniger die Absprache an sich, als vielmehr die Unwahrscheinlichkeit, alle potenziellen Anbieter, zumal bei EU-weiten Ausschreibungen, zu kennen und demzufolge einbeziehen zu können.

Es gibt allerdings auch in Deutschland Beispiele für den „geschickten“ Umgang mit dieser Problematik. Solche so genannten wettbewerblichen Dialoge sind seit 2004 auch durch ein entsprechendes EU-Gesetz geregelt und demzufolge unter bestimmten Voraussetzungen gestattet. Ebenso gestattet sind dynamische Beschaffungssysteme, die den einstufigen Beschaffungsprozess in einen mehrstufigen Evaluierungs- und vor allem Nachbesserungsprozess umwandeln, der Beschaffungsprozess wird zu einem interaktiven Vorgang zwischen Beschaffer und potenziellen Anbietern. Jedoch gilt für beide, prinzipiell innovationspolitisch nutzbaren, Verfahren der Primat der Diskriminierungsfreiheit, um den freien Wettbewerb zu garantieren. Die Handhabung solcher neuer Formen der Ausschreibung erfordert dementsprechend vor allem zusätzliches Wissen, höheren Aufwand aufseiten der beschaffenden Behörde / der Lieferanten und im Umgang damit erfahrenes Personal. Diese Bedingungen sind jedoch vielfach nicht erfüllt.

Ein weiteres Hindernis für die Nutzung von Beschaffung für Innovationspolitik liegt in der Zersplitterung der Beschaffungsinstanzen begründet. Zum Teil ist dies auf die föderale Struktur Deutschlands zurückzuführen, zum Teil auf die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Neben des hierdurch erschwerten Austauschs von Informationen wirkt vor allem das uneinheitliche Auftreten auch aufgrund von fehlenden Lernprozessen (stellvertretendes Lernen, Lernen über Vernetzung etc.) hemmend. Gleichwohl es auf Bundesebene eine deutlich zentralisiertere Form der Beschaffung gibt als in Deutschland insgesamt, bleiben solche Zusammenschlüsse die Ausnahme, obwohl sie durch gemeinsames Auftreten, gemeinsame Strategien, wechselseitiges Lernen und nicht zuletzt kombinierte und daher vergrößerte Marktrelevanz mehr Einfluss auch im Sinne einer Innovationsförderung erlangen könnten. Neben strukturellen Merkmalen, die dies verhindern, sind letztlich auch oftmals Einstellungen in den jeweiligen Behörden vorhanden, die dem Prinzip der eigenen Budgetmaximierung im Zweifelsfall die höhere Bedeutung beimessen.

Wie bereits erwähnt, ist die Nutzung von Beschaffung für die Innovationspolitik unter den beschriebenen Voraussetzungen und Problemen vielfach von den Einstellungen einzelner Personen in der beschaffenden Bürokratie abhängig. Unerfahrenheit im Umgang mit den Möglichkeiten, mangelndes Wissen im Allgemeinen, fehlende Bereitschaft zur Abweichung von Standardprozeduren und Beibehaltung schlichtweg inadäquater Kriterien (Preis) sowie mangelnde Rückendeckung durch die politische Führung sind die Ursachen für die Aufrechterhaltung von Attitüden, die konträr zu den Anforderungen einer nachfrageorientierten Innovationspolitik mit den Möglichkeiten der Beschaffung stehen.

□ Wie die Bedeutung von Innovationspolitik in der Beschaffung gestärkt werden?

Aktuelle Studien (z.B. Edler et. al. [2006] und Edler, Jakob (Hg.) [2007]) haben verdeutlicht, dass im Zentrum einer solchen Veränderung zunächst ein allgemeiner, umfassender Attitüdenwechsel vor allem bei politischen Entscheidern vonnöten ist. Zum einen muss die Ablehnung nachfrageorientierter Maßnahmen insgesamt und beschaffungspolitischer Innovationsstrategien im Besonderen überwunden werden. Zum anderen ist insbesondere im Bereich der Beschaffung dafür zu sorgen, dass sich die Einstellung der Beschaffer dahingehend ändert, dass der Preis nicht das einzige Beschaffungskriterium bleibt. Argumente wie Lebenszyklen von Produkten (und eben nicht nur ihr Anschaffungspreis) oder eben auch die Vorreiterrolle staatlicher Nachfrage als Auslöser privatwirtschaftlicher Investitionen müssen auf strategische Weise Eingang in die Auswahlprozesse finden. Um Entscheider in Beschaffungsprozessen jedoch dies zu ermöglichen, ist es ebenso notwendig, der vorherrschenden Wissensasymmetrie etwas entgegenzusetzen. Solche Maßnahmen beginnen bei der Professionalisierung der Beschaffung als solcher, umfassen (institutionalisierte) Austausch- und Lernprozesse (sowohl zwischen Beschaffern als auch mit der Industrie) und enden

noch lange nicht mit der permanenten Information über mögliche, neue und innovative Lösungen. Insbesondere der erste Punkt sollte zur Überwindung der momentanen Situation beitragen, in der die erfolgreiche Beschaffung eines innovativen Produkts oftmals von dem Geschick einzelner Personen im Umgang mit den gesetzlichen Bestimmungen und den Zwängen des öffentlichen Beschaffungssystems abhängt. Ohne eine solche Veränderung sind auch die Neuerungen des Beschaffungsrechts, wie etwa wettbewerbliche Dialoge, nicht im Sinne der Innovationspolitik zu nutzen.

» Um den Einfluss der öffentlichen Beschaffung in Richtung ihrer tatsächlichen, weit höheren Marktmacht zu verschieben, muss zumindest in einigen Bereichen die Zusammenlegung von Beschaffungsprozessen, wenn nicht sogar -behörden geprüft werden. Selbst bei Beibehaltung der einzelnen Zuständigkeiten muss es möglich werden, die Beschaffung ähnlicher oder sogar gleicher Systeme durch unterschiedliche Instanzen zusammenzuführen, um so nicht nur die Verhandlungsmacht, sondern möglicherweise auch das Wissen über den Prozess als solches und die angestrebte Lösung zu erhöhen.

» In diversen Fallstudien hat sich die Unterstützung der Beschaffung einer innovativen Lösung durch höhere politische Ebenen als hilfreich erwiesen. Entsprechende formelle und informelle Signale können ganz entscheidend für die Bereitschaft der zuständigen Behörde sein, einen entsprechenden Beschaffungsprozess einzuleiten als auch intelligent mit den gegebenen Restriktionen umzugehen. Der Einfluss politischer Entscheidungsträger sollte ebenfalls nicht unterschätzt werden, wenn es um den erforderlichen Einstellungswandel geht, da dieser nur selten bottom-up geleistet werden kann. Eine Initiative wie die High-tech Strategie der Bundesregierung, in der über koordinierte und kooperative Strategiebildung Attitüden vorgeben und ein Wechsel traditioneller Blickwinkel angestoßen werden kann,

kann hier als Vorbild fungieren. Nicht zuletzt ist eine klare und langfristige Formulierung von (sektoralen) Politikzielen wie Nachhaltigkeit etc. durch solche Strategiediskussionen gegeben. Dies ist wiederum Voraussetzung dafür, dass diese im gesamten politischen System (d.h. inklusive der Bürokratie) verbreitet werden und so für eine effiziente Ausrichtung der öffentlichen Beschaffung an eben auch innovationspolitischen Zielen. ■

↳ Sascha Ruhland, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Innovationssysteme und Politik“ des Fraunhofer Institut System- und Innovationsforschung in Karlsruhe.

Literatur

■ Edler, Jakob et. al. (2006): Innovation and Public Procurement. Review of Issues at Stake. Study for the European Commission (No ENTR/03/24)

■ Edler, Jakob (Hg.) (2007): Nachfrageorientierte Innovationspolitik. Politikbenchmarking. TAB-Arbeitsbericht Nr. 99



Den »Sozialismus« jeden Monat neu:
das gibt es nur bei uns! Dazu jeden zweiten
Monat ein Supplement inklusive.
Abo: 11 Hefte + 6 Supplements für 62,- €/Jahr
(für Arbeitslose und Studenten: 44,- €);
zum Kennenlernen: 3 Hefte zum Probeabo-
Preis von 10,- €

Zum Reinschnuppern: Unsere Homepage

www.Sozialismus.de

Bestellen:

Redaktion Sozialismus,

St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Tel. 040/280 505 66, info@sozialismus.de

Kein Allheilmittel bei knappen Kassen

Öffentlich-private

Partnerschaften in Europa

von Barbara Weiler



Foto: Christian Kiel

Mein Beitrag orientiert sich am Bericht über „Öffentlich-private Partnerschaften und die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen und Konzessionen“ der im Herbst des vergangenen Jahres vom Europäischen Parlament mit großer Mehrheit angenommen wurde.

In den letzten Jahren erfreuen sich „Öffentlich-private Partnerschaften“ (ÖPP) europaweit einer zunehmenden Beliebtheit. Dabei unterscheiden sich die Modelle zwischen den Mitgliedstaaten erheblich, je nach dem nationalen Gesetzesrahmen und den Sektoren, in denen ÖPP angewandt werden. Da es derzeit keine einheitliche europäische Definition von ÖPP gibt, stellt der Begriff eine allgemeine Beschreibung von Vereinbarungen zwischen öffentlichen Einrichtungen und der Privatwirtschaft dar. Die Vereinbarungen beziehen sich auf öffentliche Infrastrukturmaßnahmen oder öffentliche Dienstleistungen. Werden ÖPP korrekt umgesetzt, können sie in der Regel zu verminderten Lebenszykluskosten, einer besseren Risikoverteilung, einer schnelleren Durchführung der öffentlichen Arbeiten und Dienstleistungen, einer verbesserten Qualität und zu Spareffekten führen.

□ Bisherige Erfahrungen mit „Öffentlich-private Partnerschaften“

Bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass der Entwicklungsstand von ÖPP innerhalb der Europäischen Union recht unterschiedlich ist. Grob sind drei Gruppen von Mitgliedstaaten zu unterscheiden: Eine Spitzengruppe, bestehend aus dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland, Irland und Italien, einem Mittelfeld sowie einer Gruppe von Staaten mit geringer Erfahrung in diesem Bereich. Die mittel- und osteuropäischen Staaten stellen wegen ihrer besonderen wirtschaftlichen und politischen Merkmale eine eigene Gruppe dar. ÖPP spielen in diesen Staaten eine besonders wichtige Rolle bei der Schaffung einer modernen Infrastruktur. Die Spitzengruppe der Mitgliedstaaten zeichnet sich dadurch aus, dass sie eine breite Erfahrung in verschiedenen Sektoren besitzt, angefangen von Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Schiene und Straße bis hin zu Projekten im Gesundheitssystem, im Bildungs- und im Gefängniswesen. Darüber hinaus haben diese Staaten häufig eine klare Vorstellung über die Vor- und Nachteile von ÖPP-Projekten in einzelnen Sektoren. Nicht selten existieren bereits spezielle Gesetze auf nationaler oder regionaler Ebene, und es wurden gezielte Evaluierungsmethoden zur



Messung des Erfolgs entwickelt. Andere Staaten, wie Irland, haben eigene Verwaltungsabteilungen gebildet, damit eine „ÖPP-Expertise“ entwickelt und zentralisiert wird.

Insbesondere aus den Erfahrungen im Vereinigten Königreich, das man als „Pionierland“ bei der Anwendung von ÖPP bezeichnen kann, aber auch in anderen Staaten lassen sich vorläufig folgende Schlussfolgerungen ziehen:

» Einige Sektoren scheinen sich für die Anwendung von ÖPP-Modellen besser zu eignen als andere. Die Infrastrukturprojekte in den Bereichen Schiene und Straße haben in der Regel einen messbaren Mehrwert erzeugt. Es bleibt abzuwarten, ob man ähnliche Ergebnisse auch im Gesundheits- und Bildungssystem sowie in anderen Bereichen erzielen kann. Da die Projekte erst seit Kurzem laufen, ist eine abschließende Bewertung hier noch nicht möglich. Sektoren, die einem schnellen technologischen Wandel unterliegen, wie der IT-Bereich, scheinen sich jedenfalls nicht für ÖPP-Projekte zu eignen. Es ist nahezu unmöglich, glaubwürdige Qualitätsstandards über einen längeren Zeitraum festzulegen, ohne mögliche Innovationen und eine Verbesserung in der Qualität der Dienstleistungen zu behindern.

- Wichtig scheint die richtige Wahl der Parameter zu sein, um das Kosten-Nutzen-Verhältnis eines ÖPP-Projekts zu messen.
- Es zeigt sich, dass ÖPP-Projekte häufig der klassischen Auftragsvergabe in der Planungs- und Bauphase überlegen sind, jedoch zum Teil gravierende Schwierigkeiten in der Betriebsphase aufweisen.
- Darüber hinaus sind verbesserte Mittel für eine effektive Überprüfung und Einflussnahme auf die Ausführungsleistung des privaten Sektors notwendig. Dazu gehören auch glaubwürdige Sanktionen, wie z. B. Klauseln über einen Zahlungsabzug oder eine Kündigung des Vertrags.

- Schließlich spielen nationale politische Einstellungen und bestehende Kompetenzen eine Schlüsselrolle für die Entwicklung und den Erfolg von ÖPP. Die Bildung von spezialisierten Abteilungen innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie die Verbesserung der Managementkompetenzen sowohl innerhalb des privaten als auch des öffentlichen Sektors werden wahrscheinlich zu besseren Ergebnissen in der Zukunft führen. Vielerorts wird ein Mentalitätswechsel innerhalb der öffentlichen Verwaltung erforderlich sein.

» Zusammenfassend ist festzustellen, dass ÖPP kein Allheilmittel darstellen. ÖPP sind schwierig zu planen, durchzuführen und zu betreiben. Sie benötigen eine lange Zeit, um sichtbare Ergebnisse zu produzieren. Umso wichtiger ist daher eine eingehende vorherige Prüfung, ob die öffentliche Hand eine ÖPP eingehen soll und wie sie sie ausgestaltet. Die Regierungen sollten sich zunächst darauf konzentrieren, ihre administrativen Fähigkeiten und Evaluierungsmethoden zu verbessern, anstatt die Anwendung von ÖPP auf andere Sektoren auszuweiten. Es sollte sichergestellt sein, dass bei ÖPP die Risiken derjenigen Seite zugeteilt werden, die am besten damit umgehen kann und dass die Vorteile durch die Einbindung des privaten Sektors in effektiver Weise genutzt werden. Ohne diesen Ansatz läuft der öffentliche Sektor Gefahr, ÖPP-Projekte aus den falschen Gründen durchzuführen, wie z. B. einer kurzfristigen Verbesserung der Haushaltslage zum Nachteil einer langfristigen finanziellen Solidität. Viele Projekte erweisen sich zudem als kurzfristig konzipiert und mangelhaft umgesetzt.

Eine Rekommunalisierung bestimmter öffentlicher Aufgaben ist nach meiner Meinung eine legitime Entscheidung der örtlichen Kommunen. Die Ablehnung der Konservativen halte ich für nicht akzeptabel.

Das Recht der kommunalen Organisationshoheit ist sowohl national als auch auf europäischer Ebene gewährleistet. Aus europäischer Sicht ergibt es sich zum einen aus dem Subsidiaritätsgedanken nach Art. 5 EGV, zum anderen aus Art. 2 und 4 der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung. Der geplante Vertrag über eine Europäische Verfassung erkennt ausdrücklich die regionale und kommunale Selbstverwaltung sowie die damit verbundenen staatsorganisationsrechtlichen Strukturen in Art. 1-5 an, wenn es dort heißt, dass die Union die nationale Identität ihrer Mitgliedstaaten achtet, die in deren grundlegender politischer und verfassungsrechtlicher Struktur einschließlich der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt.

Besonderen Wert haben wir Sozialdemokraten gelegt auf den Schutz der betroffenen Arbeitnehmer vor möglichen negativen Auswirkungen, das Recht der Mandatsträger auf Akteneinsicht sowie eine intensivierete Aus- und Weiterbildung der Entscheidungsträger. Ein eigenes rechtliches Regime für ÖPP lehnen wir ab. ÖPP gibt es europaweit in so vielen Varianten, dass ein einheitlicher Rechtsrahmen zurzeit nicht sinnvoll ist. Wir begrüßen aber alle Formen des Erfahrungsaustausches von best und worst practices, beispielsweise die Vernetzung nationaler und regionaler ÖPP-Kompetenzzentren.

□ ÖPP als öffentliche Aufträge

Bei den ÖPP, die als öffentliche Aufträge zu charakterisieren sind, geht es vor allem um die Frage der Anwendung des Vergabeverfahrens. Mit dem wettbewerblichen Dialog ist ein neues Vergabeverfahren neben die bekannten Verfahren des offenen, des nichtoffenen und des Verhandlungsverfahrens für Auftragsvergaben oberhalb der Schwellenwerte getreten. Das Verfahren verbindet Elemente des Ausschreibungs- mit Elementen des Verhandlungsverfahrens. Es ist gegenüber dem offenen und dem nichtoffenen Verfahren subsidiär, zugleich aber vorrangig gegenüber dem

Verhandlungsverfahren. Die Auftragsvergabe kann von den Mitgliedsstaaten im wettbewerblichen Dialog bei besonders komplexen Aufträgen vorgesehen werden. Schwierigkeiten bereitet die nähere Bestimmung des Begriffs der besonderen Komplexität. Diese soll vorliegen, wenn der öffentliche Auftraggeber

- objektiv nicht in der Lage ist, die technischen Mittel anzugeben, mit denen seine Bedürfnisse und seine Ziele erfüllt werden können und/oder
- objektiv nicht in der Lage ist, die rechtlichen und/oder finanziellen Konditionen eines Vorhabens anzugeben.

Somit stellt sich die Frage, ob bei ÖPP-Projekten regelmäßig das Merkmal der besonderen Komplexität gegeben ist. Hierzu ist zu sagen, dass ÖPP-Projekte zwar häufig besonders komplex sind, dies aber nicht immer sein müssen. Vielmehr muss je nach Einzelfall entschieden werden. Jedenfalls kann festgestellt werden, dass das Verfahren des wettbewerblichen Dialogs zur Auftragsvergabe im ÖPP-Bereich grundsätzlich vorzugswürdig ist, weil es die Vorteile des nichtoffenen Verfahrens mit denjenigen des Verhandlungsverfahrens verbindet. Aufgrund seiner Flexibilität ermöglicht es die Erarbeitung optimaler Lösungen unter hohem Wettbewerbsdruck. Zu seinen Nachteilen zählen zwar die Kompliziertheit und der Aufwand für alle Beteiligten. Diese werden jedoch durch die höhere Transparenz, die gegenüber dem Verhandlungsverfahren besteht, ausgeglichen. Damit mindert sich die Gefahr wettbewerbsfremder Verhaltensweisen.

□ ÖPP als Konzessionen

Einer der Hauptpunkte bei der aktuellen Diskussion im Bereich der ÖPP dreht sich um die Frage, ob für Dienstleistungskonzessionen eine gemeinschaftsweite Regelung geschaffen werden soll, und falls ja, ob diese Regelung separat bestehen soll oder mit den öffentlichen Aufträgen

zusammengefasst werden kann. Vor einigen Jahren hat die Kommission bereits eine Mitteilung zu „Auslegungsfragen im Bereich Konzessionen im Gemeinschaftsrecht“ erlassen. Aufgrund des Ergebnisses der Konsultation beschloss die Kommission, zunächst eine Folgenabschätzung durchzuführen, bevor sie entscheidet, ob sie eine weitere interpretierende Mitteilung oder einen Richtlinienvorschlag veröffentlicht. Dieses Vorgehen ist zu begrüßen.

Der Umstand, dass in diesem Bereich keine Verpflichtung zur Koordinierung der Rechtsvorschriften besteht sowie die Tatsache, dass die wenigsten Mitgliedstaaten Regelungen für Dienstleistungskonzessionen festlegen wollen, steht einer gemeinschaftsweiten Öffnung der betroffenen Märkte entgegen. Diese Situation birgt nicht nur die Gefahr eines Wettbewerbsverlusts, sondern führt auch zu Rechtsunsicherheiten. Diese resultieren in erster Linie aus den Abgrenzungsschwierigkeiten, da bei komplexen ÖPP-Projekten die Identifizierung als Dienstleistungskonzession oder Dienstleistungsauftrag nicht immer einfach ist.

Somit liegt der entscheidende Vorteil einer gesetzlichen Regelung des Vergabeverfahrens für Konzessionen in der damit verbundenen europaweiten Rechtssicherheit. Und Rechtssicherheit bedeutet Investitionssicherheit, die sich wiederum positiv auf den Wettbewerb auswirkt. Es muss geklärt werden, wie und unter welchen Bedingungen eine Kommune beispielsweise einem Privatunternehmen die Erbringung einer öffentlichen Dienstleistung übertragen darf.

□ Institutionalisierte ÖPP (IÖPP) und Inhouse

Bei den IÖPP handelt es sich um gemeinsame „Wirtschaftsgebilde“ zwischen privaten und öffentlichen Partnern. Die Aufgabe derartiger Wirtschaftsgebilde besteht in der Bereitstellung oder Erbringung einer Dienstleistung zugunsten der

Öffentlichkeit, typischerweise im Bereich der Daseinsvorsorge. Institutionalisierte ÖPP können durch die Neugründung eines gemischtwirtschaftlichen Unternehmens zustande kommen, aber auch indem ein Privater bei einem ehemals öffentlichen Unternehmen die Kontrolle übernimmt, d.h. durch Änderung der Teilhaberschaft.

Hier stellt sich die Frage, ob diese beiden Vorgänge, Neugründung und Änderung der Teilhaberschaft, vergaberechtlich relevant sind. Nach Auffassung der Kommission muss der private Partner dieses Unternehmens im Hinblick auf die betreffenden Aufgaben auf transparente und nichtdiskriminierende Weise ausgewählt werden, und zwar abhängig von der konkreten Form des Auftrags gemäß den Vergaberichtlinien oder dem EG-Vertrag. Dieser Auffassung der Kommission ist zu folgen, da nur eine Auswahl des privaten Partners nach objektiven Kriterien einen fairen Wettbewerb garantiert. Ist der private Partner eines gemischtwirtschaftlichen Unternehmens ausgewählt, so wären weitere Ausschreibungen für den Auftrag nur unnötiger bürokratischer Aufwand. Mithin sollte eine doppelte Ausschreibung vermieden werden.

In den eben genannten Themenkreis fällt auch die Frage, ob die Erteilung eines öffentlichen Auftrags oder einer Konzession an ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen ein Ausschreibungsverfahren erforderlich macht (sog. Inhouse- Problematik). Hier haben die Urteile des EuGH „Teckal“ und „Stadt Halle“ Kriterien aufgestellt, welche die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen jedoch in zu starkem Maße einschränken.

Nach der Teckal-Rechtsprechung rechtfertigt die Beteiligung der Vergabestelle an einem gemischtwirtschaftlichen Unternehmen keine Ausnahme von den Vergabegrundsätzen. Entscheidend sei die Vergabe an eine eigenständige Rechtspersönlichkeit. Danach werde eine Ausnahme vom Vergaberecht dann anerkannt, wenn die vergebende Stelle über das gemischt-

wirtschaftliche Unternehmen eine Kontrolle wie über eine eigene Dienststelle ausübe und wenn das Unternehmen im Wesentlichen für die öffentliche Stelle tätig werde. Beide Kriterien müssen kumulativ erfüllt sein, damit eine Gleichstellung mit internen Einheiten des Auftraggebers gegeben sei. Eine weitere Klarstellung hat die Stadt-Halle-Rechtsprechung gebracht. Danach hat der EuGH entschieden, „dass öffentliche Auftraggeber ein ihnen gehörendes Unternehmen nur dann ohne Bindung an die Vergabevorschriften beauftragen dürfen, wenn sie 100% des Unternehmenskapitals halten“, also auch keine noch so geringe private Beteiligung an dem Unternehmen besteht. Nur dann hat der Auftraggeber nach Auffassung des EuGH über das Unternehmen eine Kontrolle wie über eine eigene Dienststelle.



Nach Auffassung der sozialdemokratischen Fraktion ist für institutionalisierte ÖPP und Inhouse ein Gesetz notwendig. Es reicht nicht, wenn die Kommission mit interpretierenden Mitteilungen oder ähnlichen Instrumenten versucht, am Parlament vorbei zu handeln. Wir wollten keinen großen, langwierigen Aufwand. Wir wollten auch keine Öffnung der letzten Vergaberichtlinie, die ja noch gar nicht in allen Mitgliedstaaten umgesetzt worden ist, z.B. in Deutschland nicht. Wir brauchen aber Klarstellungen und eventuell Ergänzungen, und die dürfen nicht ohne das Parlament erfolgen. Leider konnten wir Sozialdemokraten uns mit unserer Forderung nach einem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unter Beteiligung des Parlaments nicht durchsetzen. Konservative und Liberale haben sich hier gegen das Mitwirkungsrecht des Parlaments entschieden. ■

☞ Barbara Weiler, MdEP (SPD) ist Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz und lebt in Fulda.



Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie

Von Athen bis zur Europäischen Union
Hardcover, 404 Seiten, EUR 24,90

In seinem epochalen Überblick entwickelt Luciano Canfora einen Begriff von Demokratie, in dem d'rin ist, was d'rauf steht: Demokratie nicht als Fassade oligarchischer Macht, sondern als Gleichheit und Volksherrschaft. Kein Wunder, daß ihn jene nicht lieben, die sich heute in der demokratischsten aller Welten wähnen! Das Buch entspreche nicht den Normen »westlicher Geschichtswissenschaft« - was immer das sein mag. Es mache die Großindustrie verantwortlich für Hitler, beschönige den Stalinismus und verunglimpfe die BRD unter Adenauer als revanchistisch und von alten Nazis durchsetzt. Kurzum: Einem deutschen Publikum nicht zuzumuten. So begründete ein großes Münchner Haus seine Weigerung, dieses Buch zu veröffentlichen. Nun liegt es trotzdem auch auf deutsch vor, und wer seinem eigenen Kopf vertrauen will, mag selbst beurteilen, was es mit derlei Nettigkeiten auf sich hat.

PapyRossa Verlag Luxemburger Str. 202
50937 Köln – Tel. (02 21) 44 85 45, Fax 44 43 05
mail@papyrossa.de – www.papyrossa.de

Sparkassen als Akteure einer neuen Strukturpolitik

von Stefan Gärtner

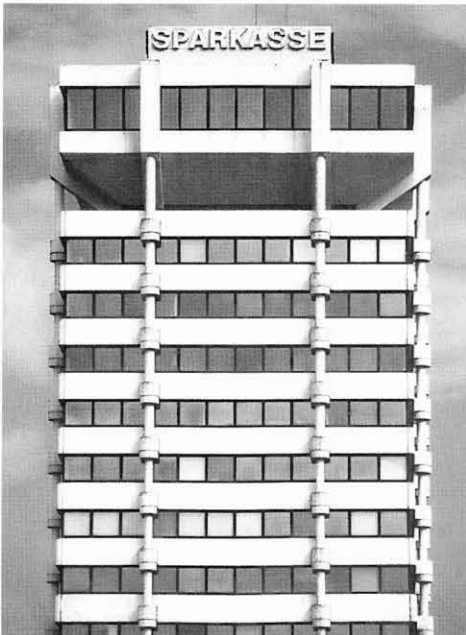


Foto: www.photocase.com

□ Regionale Strukturpolitik zwischen Wachstum und Ausgleich

Das gesetzlich verankerte Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen hat bis in die 1990er Jahre die regionale Strukturpolitik in Deutschland geprägt und zeigte sich oft in Form einer Ansiedlungspolitik.

» Anhaltend schwache wirtschaftliche Wachstumsraten, auf hohem Niveau verharrende Arbeitslosenquoten, eine abnehmende Bevölkerung, eine angespannte Lage der öffentlichen Haushalte, häufige Mitnahmeeffekte im Rahmen einer Ansiedlungspolitik und infolge einer flächen-deckenden Verkehrsinfrastruktur zerschnittene Landschaften lassen allerdings die Frage aufkommen, ob eine Umverteilung der knappen Wachstumspotenziale in die Regionen bzw. deren breite Streuung, gesamtwirtschaftlich noch sinnvoll sein kann. Aktuell wird daher auf allen strukturpolitisch wirksamen Ebenen, und insbesondere für Ostdeutschland unter Stichworten wie Cluster- oder Kompetenzfeldpolitik darüber diskutiert, verstärkt vor Ort vorhandene Wachstumspotenziale zu fördern. Ziel einer stärker am Wachstum orientierten Strukturpolitik ist die Entwicklung gesamtwirtschaftlich relevanter Wachstumspotenziale, anstatt die knappen Ressourcen in der Hoffnung auf eine sich selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung in schwache Regionen zu leiten.

» Wachstumspotenziale sind allerdings ungleich zwischen den Regionen verteilt und finden sich verstärkt in erfolgreichen Regionen und weniger häufig in schwächeren Räumen, die von einer auf Wachstum setzenden Strukturpolitik folglich benachteiligt werden. Eine solche Neuausrichtung konterkariert die traditionellen Ausgleichsziele der regionalen Strukturpolitik und ist aus folgenden Gründen problematisch: Erstens kann dies sozialpolitische Verwerfungen mit erheblichen gesamtwirtschaftlichen Folgekosten nach sich ziehen, zweitens existiert keine Gewissheit darüber, welche Räume in der Zukunft zu Wachstumsmotoren werden und drittens besteht die Gefahr, dass, wenn diese Räume auch hinsichtlich der Basisdienstleistung nicht mehr gefördert werden, keine Talente und Begabungen hervorgebracht werden. Eine ausschließliche Wachstumsorientierung ist auch vor dem Hintergrund abzulehnen, dass eine persönliche Entfaltungsfreiheit, die Chancengleichheit voraussetzt, grundgesetzlich verankert ist.

Also lässt sich eine ausschließlich auf Ausgleich setzende Strukturpolitik, die, wie in der Vergangenheit vielfache Praxis, versucht, strukturschwache Regionen durch eine Investitionsumlenkungspolitik zu entwickeln, ebenso wenig als Optimum der regionalen Strukturpolitik postulieren wie eine reine Wachstumspolitik.

» Unter Berücksichtigung der ökonomischen und strukturpolitischen Rahmenbedingungen erscheint eine Strukturpolitik sinnvoll, die einerseits überregional relevante Wachstumspotenziale dort fördert, wo sie vorhanden sind und andererseits in schwächeren Räumen, regionale Wertschöpfungsketten unterstützt, an den spezifischen endogenen Potenzialen ansetzt und basisorientierte Infrastrukturen des Sozialwesens, des Konsums, der Bildung und der Kultur mit spezifischen flexiblen Instrumenten entwickelt bzw. aufrecht erhält.

□ Sparkassen als Akteure einer auf Wachstum und Ausgleich setzenden Strukturpolitik

Soll ein solches auf Wachstum und Ausgleich setzendes strukturpolitisches Konzept Leitlinie sein, sind regionale Akteure erforderlich, die bereit und fähig sind, einerseits den Standort gemeinsam mit anderen Akteuren zu entwickeln und andererseits zum flächendeckenden Ausgleich beizutragen. Regionalen Banken und insbesondere dem dezentralen Sparkassensystem in Deutschland kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle zu, die in der regionalwissenschaftlichen Diskussion bisher wenig Beachtung fand. Deshalb wurde in einem von der „Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e.V.“ geförderten Forschungsprojekt Rolle den Sparkassen im Rahmen einer wachstums- und zugleich ausgleichsorientierten Strukturpolitik durch das IAT untersucht:

- Erstens sind Sparkassen aufgrund ihrer Nähe zur lokalen Wirtschaft, ihrer Kenntnis über Netzwerke und der Möglichkeit Kreditmittel zu vergeben, geeignet, die vor Ort vorhandenen Potenziale und Kompetenzfelder mit zu gestalten.
- Zweitens, und dies ist insbesondere für schwächere Räume von zentraler Bedeutung, stellen sie eine kreditwirtschaftliche Versorgung ubiquitär sicher. Sparkassen sind durch das Regionalprinzip an die Region gebunden und dürfen als Einlagen eingenommene Gelder im Prinzip nur in der eigenen Region verwenden.

» Sparkassen sind daher als umsetzende Akteure der regionalen Strukturpolitik ideale Partner der Kommunen und Kreise. Dass sie nicht nur aus einer abstrakten Perspektive wichtige Akteure sind, konnte im Rahmen des Forschungsprojekts durch die qualitative Analyse von vier Sparkassen und ihren Geschäftsgebieten demonstriert werden. Dabei zeigte sich, dass Sparkassen gleichermaßen in städtischen Agglomerationen, einschließlich der zum Teil mit erheblichen Entwicklungsdefiziten behafteten Stadtteile, und in peripheren Regionen die kreditwirtschaftliche Versorgung sicherstellen. Die Bedeutung der Sparkassen als dezentrale Regionalbanken ist auch deshalb hoch, da räumliche Nähe bei der Kreditvergabe an kleinere und mittlere Unternehmen, trotz vielfältiger Finanzierungsangebote im Internet, wichtig ist und Bankenmärkte keineswegs raumlos sind. Um als regionalorientierte Bank erfolgreich zu sein, spielt die Kenntnis von Werten, Kulturen, Symbolen und Einstellung im regionalen Kontext, Vertrauen und räumliche Nähe, Verbundenheit usw. eine zentrale Rolle. So sind persönliche Vertrauensstrukturen trotz einer zunehmenden Formalisierung der Kreditbeziehungen, beispielsweise durch Basel II und Scoringverfahren, bei der Kreditvergabe von Bedeutung.



» Die Bedeutung der räumlichen Nähe erhöht sich bei eventuellen Liquiditätsengpässen oder ökonomischen Schieflagen von Unternehmen, da Sparkassen aufgrund der Nähe besonderes Know-how einbringen und durch ihre Unabhängigkeit einen wesentlich größeren Spielraum haben als konzerngebundene Bankstellen der Großbanken. Sowohl im Hinblick auf eine ausgeglichene Regionalentwicklung als auch für die Inwertsetzung von endogenen Wachstumspotenzialen sind Sparkassen damit wichtige Akteure. Dies ist für ein dezentral strukturiertes Land wie Deutschland, in dem sich über einen langen Zeitraum viele wirtschaftliche Zentren entwickelt haben, von besonderem Interesse.

□ **Geht es der Region gut, geht es auch der Sparkasse gut: aber was ist in strukturschwachen Regionen?**

Um zu untersuchen, ob Sparkassen wichtige Akteure einer ausgewogenen Strukturpolitik sein können, ist jedoch nicht nur die Betrachtung ihrer strukturpolitischen Funktion ausschlaggebend, sondern von ganz zentraler Bedeutung ist die Beantwortung der Frage, ob sie aus ökonomischer Sicht in der Lage sind, in schwächeren Räumen in gleichem Maße wie in prosperierenden Regionen die regionale Entwicklung zu unterstützen.

Die Befürchtung, dass die enge Bindung der Sparkassen durch die daraus resultierende Abhängigkeit von der regionalwirtschaftlichen Situation negative Auswirkungen für eine ausgeglichene Regionalentwicklung haben kann, konnten die Ergebnisse unserer Studie ausräumen: Sparkassen können auch in schwachen Regionen einen ausreichenden Ertrag erwirtschaften und somit zum regionalen Ausgleich beitragen. Der Ertrag der Sparkassen in Ostdeutschland korreliert bei allen betrachteten Indikatoren leicht negativ mit der regionalwirtschaftlichen Situation, was bedeutet, dass Sparkassen in Ostdeutschland in strukturschwachen Regionen statistisch gesehen bessere Ertragsergebnisse erzielen.

» Die Sparkassen in Ostdeutschland reagieren zudem deutlicher auf die regionale Situation, sind kleiner und vergeben, gemessen an ihrer Bilanzsumme, weniger Kredite. Dass Sparkassen im Osten der Republik stärker auf die regionale Situation reagieren, liegt u.a. daran, dass sie gerade in peripheren strukturschwachen Regionen von einer entspannten Konkurrenzsituation profitieren und dadurch über stabile Kunden-Bank-Beziehungen verfügen, aber auch höhere Preise durchsetzen können. Die deutlich geringeren Kreditanteile in der Bilanz ostdeutscher Sparkassen lässt sich auf die niedrigere Kreditnachfrage in Ostdeutschland zurückführen.

Zudem haben die Analysen gezeigt, dass Sparkassen in West- und Ostdeutschland in schwachen und peripheren Regionen eine höhere Zinsspanne aufweisen. Was – so die Vermutung – einerseits an der für Sparkassen besseren Wettbewerbssituation in diesen Regionen liegt, andererseits aber auch auf eine höhere Bepreisung von Krediten aufgrund leicht höherer Kreditrisiken und höherer Transaktionskosten (kleinere Kreditsummen) zurückgeführt werden kann. Ferner kann die hohe Zinsspanne partiell mit einem konservativeren Anlageverhalten in diesen Regionen begründet werden.

Schließlich wurde ein statistischer Zusammenhang deutlich, der besagt, dass die Institutsgröße deutlich mit der Einwohnerdichte und Regionsart (städtisch oder peripher) korrespondiert und Sparkassen in dünn besiedelten Räumen, gemessen an der Bilanzsumme, entsprechend kleiner sind. Wären in dünn besiedelten Regionen die Bilanzvolumina ähnlich groß, wie in dicht besiedelten Regionen, würden die Sparkassen in dünn besiedelten Regionen über größere Geschäftsgebiete verfügen. Dadurch, dass die Sparkassen in diesen Regionen ihre Geschäftsgebiete nicht übermäßig ausdehnen, erhalten sie sich eine starke regionale Bindung.

Fünftens zeigt sich, dass ostdeutsche Sparkassen in schwachen Regionen, deutlich mehr Kredite an Privatkunden und etwas mehr an Geschäftskunden vergeben als in prosperierenden ostdeutschen Regionen. Im Westen verleihen die Sparkassen nach den Analysen in schwächeren und ländlicheren Räumen etwas mehr Geld an Privatkunden und etwas weniger an Geschäftskunden als in prosperierenden Regionen.

» Zur Interpretation der Ergebnisse ist die neue Bankentheorie heranzuziehen, die sich insbesondere auf informationsbedingte Marktunvollkommenheiten in der Kreditfinanzierung bezieht: Beziehungsspezifische Investitionen werden durch eine hohe Konkurrenz gefährdet, die ihrerseits den intertemporalen Margenausgleich verhindert. Investiert eine Bank im Rahmen einer Kreditwürdigkeitsprüfung in kreditnehmerspezifische Informationen, besteht die Gefahr, dass Konkurrenten das Ergebnis ihrer Prüfung beobachten, für diese Beobachtung jedoch deutlich geringere Kosten aufwenden. In diesem Zusammenhang wird allgemein darauf hingewiesen, dass der Informationsvorsprung von Banken infolge stabiler Kunden-Bank-Beziehungen in weniger wettbewerbsintensiven Märkten besonders wertvoll ist, wenn Liquiditätsengpässe von Unternehmen auftreten, da sie konjunkturelle Schwankungen begrenzen und die Bankenmarktstabilität erhöhen. Es ist anzunehmen, dass der Zusammenhang zwischen regionaler Strukturschwäche und guten Ertragsaussichten von Banken vor allem in Verbindung mit einem Geschäftsmodell, das vor Ort eine enge regionale Bindung bei gleichzeitiger Nutzung von Skaleneffekten durch den Verbund ermöglicht, zum tragen kommt. Somit wird diese Wirkungsweise durch das spezifische Geschäftsmodell der Sparkassen verstärkt und kann nicht als Erfolgsmodell auf alle Bankengruppen übertragen werden.

» Es ist darauf hinzuweisen, dass sich die Sparkassenerträge nicht ausschließlich mit statistischen Analysen erklären lassen. Oder anders ausgedrückt: es konnte zwar gezeigt wer-

den, dass Sparkassen auch in schwachen Regionen erfolgreich sind, aber die tatsächlichen Bestimmungsfaktoren, die den Ertrag einer Sparkasse ausmachen, können mit statistischen Methoden nur partiell eingefangen werden. So kann angenommen werden, dass andere Faktoren, die überwiegend nicht statistisch für alle Sparkassen messbar sind, eine größere Rolle spielen. Dazu gehören zum Beispiel: Mitarbeiter- und Führungsqualitäten, Unternehmenskulturen, gesammeltes Informationskapital und eine historisch bedingte Pfadabhängigkeit. Das solche weichen Faktoren eine große Bedeutung haben, wurde auch bei der Untersuchung der vier an dem Projekt beteiligten Sparkassen deutlich.

□ Zukünftige Herausforderungen

Wollen Sparkassen zukünftig akzentuiert die regionale Entwicklung unterstützen, ergeben sich für sie neue Herausforderungen und offene Fragen: So stellt sich zum Beispiel die Frage, wie Institute in stark schrumpfenden Räumen, in denen ein bestimmtes Maß an wirtschaftlicher Aktivität und Bevölkerungsdichte in Zukunft unterschritten sein wird, ihren Versorgungsauftrag erfüllen, die regionale Entwicklung unterstützen und gleichzeitig dauerhaft ausreichende Erträge erwirtschaften können?

Weiterer Untersuchungsbedarf ergibt sich hinsichtlich der Frage, wie Sparkassen das enorme Wissen über die regionale Wirtschaftsstruktur noch zielgerichteter im Kontext der regionalen bzw. lokalen Entwicklung einsetzen können. So könnten Sparkassen beispielsweise im Hinblick auf die Diskussion um Clusterpolitik und Kompetenzfeldförderung regionale Netzwerke fördern, moderieren und zugleich neue Finanzierungsinstrumente für das Clustermanagement entwickeln, etwa mit einer degressiven Rückführung der Förderung und steigender Beteiligung der davon profitierenden Unternehmen. Auch ließen sich sehr kleinteilige Finanzierungsinstrumente (z.B. Micro-Lending) entwickeln, die an der spezifischen Situation in strukturschwachen Stadtteilen ansetzen.



Informationskapital, das zum Teil auf implizitem Erfahrungswissen beruht und nur in den Köpfen der Mitarbeiter existiert, stellt einen nicht unerheblichen Vermögenswert regionaler Banken dar. Durch Formalisierungsprozesse, wie IT-gestützte Scoring-Systeme oder Basel-II, besteht die Gefahr, dass traditionelle, auf räumliche Nähe basierende Kunden-Bank-Beziehungen und der damit einhergehende Wettbewerbsvorteil an Bedeutung verlieren. Sparkassen müssen daher einen Weg finden, wie sie einerseits die sich aus dem Einsatz automatisierter und formalisierter Instrumente ergebenden Effizienzvorteile ausschöpfen und andererseits auch künftig Führungsvorteile nutzen und damit die regionale Entwicklung unterstützen können. Wichtige Bausteine sind in diesem Zusammenhang neue Finanzierungsformen wie Risiko- und Beteiligungskapital. Dies vor dem Hintergrund, dass räumliche Nähe auch hier Vorteile verspricht und regionale Banken dadurch die Möglichkeit haben, sich kompensierende Erträge zu sichern, die im Zuge einer Formalisierung von Kreditbeziehungen unter Umständen verloren gehen.

tensiven Kundenbeziehungen in der Lage sind, in schwachen Regionen ebenso gute und in den schwachen Regionen Ostdeutschlands so gar bessere Erträge zu erwirtschaften. Somit lässt sich behaupten, dass Sparkassen zum regionalen Ausgleich beitragen können, ohne dass das System öffentlich-rechtlicher Banken dazu eine staatliche Unterstützung erhält. Auch wenn nicht bewiesen ist, dass alle Sparkassen den regionalen Herausforderungen umfassend nachkommen, ist das dezentrale Sparkassensystem in Deutschland geeignet, Anregungen für die Regionalentwicklung in Europa zu liefern: Sparkassen in Deutschland tragen zur Entwicklung von Wachstumspotenzialen bei, die im Rahmen der aktuellen Regionalpolitik eine zunehmende Rolle spielen. Zugleich sind sie aber durch ihre ubiquitäre Präsenz auch in der Lage Ausgleichsziele, die in der EU-Verfassung manifestiert sind, zu unterstützen. ■

□ **Fazit: Starke Sparkassen in schwachen Regionen**

Starke Sparkassen in schwachen Regionen: Dieses Ergebnis weist darauf hin, dass Bankenmärkte anders funktionieren als andere Märkte. Ganz besonders deutlich wird die Rolle der Sparkassen aus strukturpolitischer Perspektive: Wenn zukünftig eine Strukturpolitik verfolgt werden soll, die einerseits vor Ort vorhandene Wachstumspotenziale fördert und andererseits in schwächeren Regionen Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht, dann sind Akteure wie Sparkassen von ganz besonderer Bedeutung. Die Untersuchungen von vier Sparkassen und ihren Regionen haben gezeigt, dass Sparkassen vor Ort gleichzeitig Wachstumspotenziale unterstützen und zum Ausgleich beitragen können. Ferner wurde durch eine Analyse der Grundgesamtheit aller Sparkassen deutlich, dass Sparkassen aufgrund ihres spezifischen Geschäftsmodells der räumlichen Nähe und der in-

↳ Stefan Gärtner, arbeitet am Institut Arbeit und Technik Gelsenkirchen im Forschungsschwerpunkt Innovation, Raum und Kultur.

Literatur

■ Gärtner, S., Rehfeld, D. (2007): Sparkassen als strukturpolitische Institutionen: Zusammenfassung der Projektberichte

ISW institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e. V.

**analysen
fakten & argumente**

JOB-EXPORT

Die neue globale Arbeitsteilung



Die deutschen Firmen intensivieren die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Welche Arbeitsplätze sind betroffen? Welche Auswirkungen haben die Verlagerungen auf die Situation der Beschäftigten in den "Heimat"-Ländern der Konzerne und in den Zielländern?

ISW REPORT_NR.68

isw-report 68
Dezember 2006
3,50 Euro + Vers.

Bestellungen, Gesamtprogramm

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
Johann-v.-Werth-Str. 3, 80639 München
fon 089-130041, fax 089-168 94 15
isw_muenchen@t-online.de
www.isw-muenchen.de

Literaturschau | von Reinhold Rünker



» Mit diesem Heftschwerpunkt setzen wir unsere Diskussion aus Heft 153 über „Öffentliche Güter“ und „Öffentliche Aufgaben“ fort.

□ Der „Konzern Stadt“ und „public governance“

Öffentliche Aufgaben sind in den zurückliegenden Jahren zunehmend privatisiert worden – oder zumindest in privatrechtliche Unternehmensformen überführt worden, bei den die Kommunen die Eigentumstitel teilweise oder noch vollständig halten. Dies erfordert eine neue Form der politischen Steuerung. Die Studie von Wolfram Bremeier, Prof. Dr. Hans Brinckmann, Dr. Werner Killian im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung untersuchte, wie diese politische Steuerung wahrgenommen wurde. Die Ergebnisse sind veröffentlicht in der Reihe edition der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 173: Public Governance kommunaler Unternehmen. Vorschläge zur politischen Steuerung ausgegliederter Aufgaben auf der Grundlage einer empirischen Erhebung. Düsseldorf 2006

□ Öffentliche Beschaffung

Die Frage, welche innovativen Impulse über die Beschaffungsaktivitäten öffentlicher Auftraggeber ausgehen oder ausgehen könnten, wurde in der Vergangenheit wenig diskutiert.

» Im Rahmen der von Sascha Ruhland angesprochenen Studie wurde untersucht, welche Regeln für die Innovationsbeschaffung durch den öffentlichen Sektor in verschiedenen Ländern gelten und welcher Verfahren sie sich bedient. Darüber hinaus werden konkrete Beispiele für vorbildliche Lösungen des Beschaffungswesens angeführt. Die Ergebnisse wurden u.a. veröffent-

licht als TAB-Arbeitsberichte „Nachfrageorientierte Innovationspolitik. Politikbenchmarking“ Bonn: TAB Nr. 99, 2006, 354 S. (ISI-B-55-06).

Anknüpfungspunkte ergeben sich für unsere Debatte nicht nur aus der positiven Bezugnahme auf die „nachfrageorientierte“ Betrachtungsweise, sondern vor allem aus der in den „53 Thesen“ von 1989 formulierten Vorstellung des „Staates als Pionier“. Das sollte aber nicht darüber hinweg täuschen, dass der Bedeutungsgehalt in der Praxis sicher differiert.

□ Öffentlich-Private Partnerschaften

Die Debatte über Öffentlich-Private-Partnerschaften beschäftigte in den vergangenen Jahren auch das Europäische Parlament. Barbara Weiler war Berichterstatterin der SPE-Fraktion und hat maßgeblich den entsprechenden Bericht formuliert: „Öffentlich-private Partnerschaften und die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen und Konzessionen“, der zum Download auf der Seite des Europäischen Parlamentes zur Verfügung steht: www.europarl.europa.eu

□ Bedeutung der Sparkassen und des Finanzsektors

In den spw-Diskussionen sind wir immer davon ausgegangen, dass die Sparkassen zur Finanzierung der Regionalwirtschaft eine erhebliche Bedeutung haben. Nun ist dazu durch die „Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e.V. eine Studie beim Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen, in Auftrag gegeben worden, die in diesem Jahr veröffentlicht wird: Gärtner, S., Rehfeld, D. (2007): Sparkassen als strukturpolitische Institutionen: Zusammenfassung der Projektberichte. ■

spw

- » Meinungsstark!
- » Links!
- » In der Sozialdemokratie!



Prämienpaket 1:

Kapital-Verbrechen
Werner Biermann / Arno Klönne
208 Seiten 14,80 €

„Eiszeit“ in Deutschland
Jürgen Meier
186 Seiten 14,90 €



Prämienpaket 2:

Stadt und Gouvernementalität
Boris Michel
156 Seiten 14,90 €

**G Strich – Kleine Geschichte
des Kapitalismus**
Georg Fülberth
316 Seiten 19,80 €



Prämienpaket 3:

**Menschen machen
Innovationen**
Karl-Heinz Brandl /
Lothar Schröder (Hrsg.)
264 Seiten 14,80 €

Nationale Bildungsstandards
Torsten Feltes / Marc Paysen
204 Seiten 14,80 €

» Jetzt abonnieren – per Fax: 0231 / 40 24 16 oder Post!

Ich möchte ein **spw**-Probeheft!

Ich abonniere **spw** für mindestens
zwölf Monate ab Heft:

Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand;
37,00 € bei Bankeinzug)

Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)

Ich wähle das **spw**-Prämienpaket:

Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____
Straße, Nr. _____
PLZ, Ort _____
Telefon _____
E-Mail _____
Datum, Unterschrift _____

Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____
Bankleitzahl _____
Konto-Nr. _____
Datum, Unterschrift _____

Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____
Straße, Nr. _____
PLZ, Ort _____
Datum, Unterschrift _____

Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-
Newsletter informiert werden.

E-Mail _____

Kinderspiel Kapitalismus – Der Bär ist tot, es lebe der Bär

von Alexandra Kramm



Foto: www.fotolia.de

Mehr als hunderttausend Menschen aus der ganzen Welt haben ihn schon gesehen. Sie warten stundenlang, um im Vorbeigehen einen Blick auf ihn werfen zu können. Man kann ihn aber auch auf der Karte der Berliner Volksbank bewundern, jeden Tag im U-Bahn-Fernsehen bestaunen oder einfach eines der diversen Andenken zum mit nach Hause nehmen kaufen.

Die Rede ist von Knut. Der kleine Eisbär wurde am 5. Dezember 2006 im Berliner Zoo zusammen mit seinem Bruder geboren – zum ersten Mal seit 33 Jahren. Mutter Tosca nahm die beiden Jungtiere allerdings nicht an, so dass einer der kleinen Eisbären starb. Der andere, gerade mal 800 Gramm schwere Eisbär verbrachte die ersten sechs Wochen in einem Brutkasten. Danach war Pfleger Thomas rund um die Uhr mit dem kleinen Eisbären zusammen. Er fütterte ihn, spielte mit ihm und schlief mit ihm in einem Raum. Zwei Monate später, wurde der kleine Eisbär offiziell den Medien präsentiert – jetzt mehr als neun Kilo schwer. Etwa 500 Journalisten reisten an, sogar aus Japan, Neuseeland und Großbritannien. Ab dem 24. März war Knut nun auch für Zoo-Besucher zu sehen. Der Ansturm war und ist unglaublich. Statt 5.000 Besucher kommen nun 20.000 pro Tag. Obwohl viele den Bären gar nicht zu Gesicht bekommen, denn er wird täglich nur von 11 bis 12 und von 14 bis 15 Uhr gezeigt. Die Menschen leiden mit den ersten Zahnschmerzen des Eisbären und kein Tag vergeht, ohne dass Knut in den Medien eine Rolle spielt.

Für den Berliner Zoo ist das ein Glücksfall. Die Kasse des chronisch Geld bedürftigen Traditionszoos klingelt. Fast wäre dabei untergegangen, dass in den letzten Wochen gleich zwei Bären in Berlin ihr Leben ausgehaucht haben. Die Panda-Bärin Yan Yan, langjähriger Publikums-liebling der Zoo-Besucher, starb am 26. März 2007. Sie kam 1995 zusammen mit ihrem Partner Bao Bao durch die Städtepartnerschaft mit Peking nach Berlin. Pandas werden nur selten in europäischen Zoos gezeigt und deshalb war das Berliner Panda-Pärchen eine wichtige Attraktion. Über Jahre hatten Tierfreunde bundesweit auf Nachwuchs bei den Pandabären in Berlin gehofft. Doch alle Versuche schlugen fehl, so auch mehrere Besamungsversuche.

Am 12. April musste der amtierende Berliner Stadtbär Tilo wegen eines Lymphknotenkrebses eingeschläfert werden. Seit 1990 hatte Tilo mit seiner drolligen Art die Berlinerinnen und Berliner sowie Gäste Berlins im Bärenzwinger im Köllnischen Park begeistert. Dort sind seit 1939, als die Stadt vier Bären geschenkt bekam, die Berliner Wappentiere untergebracht. Schon 727 Jahre, seit dem 22. März 1280 ist der Bär das Wappen- und Wahrzeichen von Berlin. Der geneigte Leser könnte sich jetzt fragen, was hat das mit Kapitalismus zu tun? Alles! Der Aufstieg und Fall eines Bären als Idol, Kommerz- und Kuschelobjekt bringt schon kleinen Kindern die Grundregeln des Kapitalismus bei. Sicher wäre das ein wunderbares Thema für eine Diplomarbeit. Und in manchem Kinderhirn entsteht nun außerdem vielleicht der Wunsch: „Ich möchte ein Eisbär sein...“ ■

↳ Alexandra Kramm, ist selbständige Kommunikationsberaterin und Coach in Berlin (www.schulter-blick.de).



Foto: www.photocase.com

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Sozialkapital und Gemeinsinn

von Arne Heise

» Horst Siebert war lange Zeit Präsident des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel – der Gralshüter des Neoliberalismus in Deutschland. Da verwundert es wenig, dass er in der Zeitgeist-Zeitschrift Cicero ein Requiem auf kollektives Handeln verfasste. Allerdings schien er nicht mitbekommen zu haben, dass in Deutschland längst alles Kollektive – besonders wenn es in staatlicher Form organisiert wird – in Frage steht: die kollektive Sozialsicherung wird unter dem politischen Symbolbegriff ‚Modernisierung‘ genauso schrittweise individualisiert, wie das deutsche Kollektivvertragssystem (Tarifverträge) zunehmend vertrieblicht und durch ‚Öffnungsklauseln‘ ausgehöhlt wird. Spätestens seit J.R. Ewing in ‚Dallas‘ auf dem Bildschirm hemmungslosen Egoismus vorlebte und mit ‚Erfolg‘ konnotierte, kann nun wirklich nicht mehr davon die Rede sein, dass sich in Deutschland das Individuum hinter der Gemeinschaft verstecken müsste.

» Sieberts Eifer wider das Kollektive hat wohl damit zu tun, dass ihm dies alles noch nicht weit genug geht. Allerdings ignoriert er – und als Wissenschaftler kann man ihm das nicht durchgehen lassen –, dass er einen ganzen Forschungszweig gibt, der längst die Bedeutung kollektiven Handelns als Grundlage für das Wohlergehen unserer Gesellschaft und ihrer Menschen nachgewiesen hat: Während die ökonomische Zunft, der auch Siebert angehört, immerhin das Konstrukt des ‚Kollektivgutes‘ kennt, dass dort – zumeist von staatlichen Institutionen – angeboten werden muss, wo der Markt versagt (Bildung, Gesundheit, Sozialsicherung, Infrastruktur, Grundlagenforschung, öffentliche Sicherheit uvm.), hat die Sozialwissenschaft unter dem Begriff ‚Sozialkapital‘ zusammengefasst, dass es die Fähigkeit zur ‚Irrationalität ohne Bedauern‘ ist, die den Unterschied zwischen erfolgreichen und weniger erfolgreichen Gesellschaften ausmacht. Egoistisch-

rationale Menschen nämlich würden andauernd in der Kooperationsfalle stecken bleiben, die die Angst vor der Übervorteilung durch andere Egoisten aufbauen müsste: Siebert erzählt von den Restaurantbesuchern, die als Gruppe ausgemacht haben, jeweils einen Pro-Kopf-Anteil an der Gesamtrechnung zu übernehmen. Er glaubt nun tatsächlich Menschen zu sehen, die mehr als eigentlich gewünscht essen, nur um bei der Endabrechnung nicht (relativ) draufzahlen zu müssen.

Die Fähigkeit zur Kooperation – also zu gemeinschaftlichem Handeln – erfordert einen Vertrauensradius, den sich Siebert offenbar nicht vorstellen kann: Gemeinsinn. Ohne Kooperation aber wären Menschen im schlimmsten Fall nicht einmal in der Lage, arbeitsteilig zu produzieren und zu tauschen (der rationale Egoist würde also vielleicht immer noch in seiner Höhle sitzen), wenigstens aber wären dauerhafte soziale Beziehungen zu gegenseitigem Vorteil wie z.B. innerhalb von Unternehmen (Arbeitsbeziehungen) oder in Unternehmens- und Politiknetzwerken gar nicht möglich. Insgesamt reduziert Sozialkapital – also das Vertrauen auf reziproke Vorteilsgewährung durch Kooperation – nicht nur die Transaktionskosten des menschlichen Umgangs, sondern schafft Positivsummenspiele, die den Nutzen aller erhöhen.

Eigene Forschungen haben z.B. jüngst gezeigt, dass das Vorhandensein von kollektiven Arrangements (z.B. betriebsratsähnliche Strukturen, aber auch Teammeetings, etc.) in deutschen Tochterunternehmen in Großbritannien dazu führen, dass diese Unternehmen im Durchschnitt nicht nur produktiver, sondern auch rentabler sind als ihre britischen Konkurrenten, die ganz überwiegend auf derartige Arrangements verzichten. (Heise, A. u.a.; Unternehmerische Performanz deutscher Tochterunternehmen in Großbritannien; in: WSI-Mitteilungen, H 7/2005, S. 362 – 367)

Sozialkapital oder kollektives, gemeinschaftliches Handeln hat zweifellos kulturelle Ursprünge (weshalb die deutschen Tochterunternehmen besonders häufig Arrangements übernehmen, die in Großbritannien nicht zwingend erforderlich sind, wenn ihre Manager aus Deutschland kommen); gewisse kodifizierte Regelungen – Mitbestimmungs- oder Betriebsverfassungsgesetze etwa – oder ein selbstbewusster Umgang mit öffentlicher Güterbereitstellung können gleichwohl dazu beitragen, den Umfang an Sozialkapital zu erhalten (oder gar zu erhöhen). Und dies ganz besonders in Zeiten, in denen Stimmen wie die Horst Sieberts immer lauter werden: Denn wenn den Menschen immer eindringlicher eingeredet wird, dass der Mitmensch es nur darauf anlegt, seinen Nutzen – auch auf dem Rücken anderer – zu erhöhen und ein solches Verhalten auch noch als rational und deshalb wünschenswert dargestellt wird, dann mag tatsächlich irgendwann der Tag kommen, an dem wir Gruppen von Menschen in Restaurants beobachten können, die sich bis zur Übelkeit voll stopfen, nur um mit der Illusion nach Hause gehen zu können, mehr gegessen als bezahlt zu haben. Noch existiert ein derartiges Verhalten nur in der Phantasie von Horst Siebert oder wäre allenfalls denkbar bei einer zufällig zusammengestellten Gruppe neoliberaler Ökonomen, die davon ausgehen kann, sich nie wieder zu begegnen – was bei solcherart egoistischem Verhalten wohl auch sehr wahrscheinlich wäre. ■

☞ Arne Heise, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

„Ameos“ und die Heuschrecken

Die Globalisierung des

Gesundheitsmarktes

von Jürgen Meier



Ob wir „Ameos“ – wo gerade Glückstränen fließen, weil es vom Land Niedersachsen zwei psychiatrische Krankenhäuser für „Peanuts“ bekam, obgleich die AWO mehr zu bieten hatte –, oder „Asklepios“ oder auch „Helios“ unter die Lupe nehmen, so stellen wir fest: sie wurden alle an einer Brust gesäugt.

Seit 1988 leistet zum Beispiel Dr. Lutz Helmig mit Dr. Broermann gemeinsame „Pionierarbeit“ in Deutschlands Gesundheitsbranche. 1994 trennten sich beide nach dem Motto für ihre Kapitalgeber „Getrennt schlagen – Vereint siegen“. Dr. gr. Broermann führt Regie bei „Asklepios“ (heute über 70 Kliniken in Deutschland), Dr. Lutz Helmig bei „Helios“, und sie treten beide als christlich engagierte und sehr familiär wirkende Unternehmen vor die deutsche Krankenhauslandschaft.



Foto: www.fotolia.de

Bei „Ameos“ führt Axel Paeger die Geschäfte. Natürlich hat auch er promoviert. Die Manager der modernen Profitjagd sind, das fordert innovatives Marketing, dynamisch, sportlich und natürlich intelligent. Schaut man aber genauer hin entpuppen sich die drei Kettenchefs als simple Makler für amerikanische Kapitalzufuhr.

Dr. Helmig war bis 1988 im „Atlanta Podiatry Institute“ (Georgia USA) tätig. Das National Hospital Discharge Survey initiierte die „Helios Health, Inc/ Helios Ventures Inc.“ in Atlanta, die ihrerseits in enger Verbindung zur Chase Manhattan Bank steht und u.a. von 3M gefördert wird. Ebenso firmiert in den USA die Firma „Pharmazeutische Produkte Helios“. Gesundheit Helios hat Förderungen mit Firmen wie Astra Zeneca, Glaxo Wellcome, Johnson und Johnson, Merck, Pfizer, Pharmacia und Smith-Kline Beecham gesichert.

Axel Paeger war von 1994 bis 2003 Hauptgeschäftsführer der Asklepios Kliniken GmbH. Von 1995 bis 1999 war er Board Member (Verwaltungsratsmitglied) der Pacific Health Corporation, Kalifornien, einer Tochter von Asklepios. Und hier wird er die ersten Kontakte zur Firma Ernst & Winney (Kooperation mit der Wirtschaftsprüfer-Agentur Ernst & Young) gehabt haben.

» Diese Firma testiert die Rechenschaftsberichte der CDU und wird immer dann als „unabhängiger Wirtschaftsprüfer“ zur erneuten Prüfung herangezogen, wenn es um die „schwarzen Kassen“ des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl geht.

So wie sein Kollege Dr. Broermann. Der war bis 1984 bei der kapitalkräftigen Firma Ernst & Winney. Ernst & Winney ist eng verbandelt mit 3M, Colgate-Palmolive, General electric. Für diese und andere potente Geldgeber startete Ernst & Winney, in deren Reihen Broermann agierte, auf dem deutschen Markt. Sie begannen ihre Krankenhauseinkäufe mit Beratungen.

Axel Paeger, der wie seine Kollegen an der Brust von Ernst & Winney genährt wurde, ist sogar im Ehrenamt Präsident der Gesellschaft für Europäisches Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen e.V. Wie gut er sich auch mit der „Helios“ Konkurrenz versteht zeigt ein Artikel im American Journal of Medical Quality, den er mit Michael Liebetrau von der „Helios Kliniken GmbH“ schrieb.

□ Leadership im Geiste von Ernst & Young

Ernst & Young war 2002 Mitbegründer auch von „Ameos“, wie zuvor von „Asklepios“ und „Helios“. Bei „Ameos“ schied Ernst & Young laut Auszug des Handelsregister-Tagebuchs Zürich vom 15.2. 2006, aus, um nicht unnötige Spuren nach Übersee deutlich werden zu lassen. Aber Ernst & Young zieht natürlich noch immer die Fäden und zwar durch Paeger, der ganz offiziell als „Delegierter mit Einzelunterschrift von Ernst & Young AG, Zürich“ genannt wird.

Wie heißt es doch in einer Broschüre des Unternehmens: „Rund 100.000 Mitarbeiter in 140 Ländern laden Sie ein in ihre Welt. ... einem globalen Netzwerk ... Berufsweg, der zum Persönlichkeitsweg, der zum Lebensweg wird ... unser tägliches Ziel, im Denken und Handeln dem Wettbewerb immer einen Schritt voraus ... Deshalb brauchen wir Ihre Bereitschaft, offen zu sein für eine neue Welt und Ihre Leidenschaft, alles zu geben ... zu erobern. Jeden Tag. ... Sie werden noch wesentlich mehr lernen ... So wachsen Sie von Anfang an über gezieltes und kontinuierliches Persönlichkeits- und Fachtraining hinein in mehr Wissen, mehr Kompetenz, mehr Verantwortung ... Unsere Rolle als Vordenker ... Schlüsselmärkte zu erkennen, bevor jeder sie kennt ... Zukunftsentwicklungen in der Gesetzgebung abzusehen, bevor Sie Gesetz werden ... „Thought Leadership“ nennen wir das. ... Indem wir Persönlichkeit und Leistung jedes Einzelnen achten, tragen wir dazu bei, aus allen gemeinsam ein weltumspannendes Ernst & Young-Team zu formen ... Unser Team braucht Mitarbeiter mit Weitblick und Durchsetzungsvermögen. Kollegen, die mit Zahlen und mit Menschen umgehen können.“

Zu diesem „Team“ gehört auch die Firma Ascom, in dessen Verwaltungsrat Axel Paeger ebenfalls agiert. (Zum Kundenkreis von Ascom gehören Militär, Behörden und Sicherheitsorganisationen mit Bedarf an Überwachungsgeräten und Informationssystemen.) Die „Ascom Pensionskasse“ wird von Ernst & Young ganz offiziell gemanagt. Außer Paeger wurde für den Verwaltungsrat von

Ascom auch ein gewisser Rolf A. Meyer vorgeschlagen. Meyer war Ciba-Präsident und -Konzernchef und ist Verwaltungsrat der UBS und DKSH. Meyer leitete nach dem Zusammenschluss von Ciba-Geigy und Sandoz zu Novartis die Ausgliederung der Ciba Spezialitätenchemie AG. UBS ist nach eigenen Angaben einer der größten Vermögensverwalter der Welt und verwaltet 1,3 Billionen CHF. Die DKSH beschäftigt sich u.a. mit dem Aufbau pharmazeutischer Versorgungsketten und der Auslagerung von Krankenhausdienstleistungen in Asien.

» So sieht also „Leadership“ im Geiste von Ernst & Young aus. Ehrgeizige Intellektuelle werden eingekauft und in ein Netzwerk eingespannt, das Außenstehende nicht mehr als Konzern erkennen sollen, die sich grenzenlos bereichern. Das ist für die Kapitalseite, die ja stets aus leibhaftigen Menschen wie Paeger, Broermann oder Meyer besteht, nicht ganz unwichtig, denn so können sie den Interessen des „Fußvolks“ ihres gigantischen Konzerns elegant mit Hinweis auf geltendes Recht aus dem Wege schaffen.

Nachdem die Gesamtbetriebsräte der „Ameos“ Gruppe mehrheitlich einen entsprechenden Beschluss gefasst hatten, sollte am 23. Mai 2005 die konstituierende Sitzung des Konzernbetriebsrates stattfinden. Diese Sitzung fand jedoch nicht statt, da „Ameos“ das Vorhandensein eines Konzerns bestreitet und für die Sitzung keine Räumlichkeiten zur Verfügung stellte.

Dieses Konzept setzt Paeger konsequent weiter nach unten um. „Paeger hat Einrichtungen in viele selbständige Einheiten zergliedert“, sagt der Bremer Gewerkschaftssekretär Uwe Schmidt. Auf diese Weise sei das Mitbestimmungsrecht der Beschäftigten verringert und die Zahl der Einrichtungen nach oben gedrückt worden. Allein die ... Landeskrankenhäuser in Heiligenhafen und Neustadt liste „Ameos“ auf seiner Internet-Seite als insgesamt 22 eigenständige Unternehmen.

Axel Paeger und sein Mitgesellschafter Andreas Fendel sind deutsche Staatsangehörige, das ist für das Konzept der im wesentlich amerikanisch orientierten Kapitalgeber nicht unwichtig. Denn nur so lässt sich vertrauensvolles Marketing in Deutschland, Österreich und der Schweiz entwickeln, das natürlich nur einen Zweck verfolgt: 20 Prozent Rendite.

□ Hausrecken in Landeskrankenhäusern

Ameos, Asklepios, Helios sind nur einige Beispiele für die zunehmende Globalisierung des „Gesundheitsmarktes“ in der BRD. Ameos hat heute rund 50 Einrichtungen an 20 Standorten mit ca. 4.300 Betten und ca. 5.700 MitarbeiterInnen – vom Allgemeinkrankenhaus über forensische Psychiatrie bis hin zu Pflege- und Behinderteneinrichtungen.

Andreas Fendel hat ein Buch geschrieben: „Investmententscheidungsprozesse in Venture Capital-Unternehmungen“, das hätten Politiker lesen sollen, bevor sie diesen „Hausrecken“ Landeskrankenhäuser verkauften. Fendel ist nämlich auch noch Gesellschafter der „Quadriga Capital Eigenkapital Beratung GmbH“. Die von sich selbst sagt: „Quadriga Capital ist ein Team erfahrener Eigenkapital- und Finanzierungsspezialisten, das seit Mitte der 80er Jahre zusammenarbeitet. Wir agieren konzernunabhängig; die Motivation für das, was wir tun, ist unternehmerisch.“ Soll heißen: Quadriga Capital Management ist ein Futures/Hedge Fond Anbieter, der im Wesentlichen nicht der Finanzmarktaufsicht unterliegt, da ein Großteil der Quadriga-Fonds ihren Sitz in überseeischen Steuerparadiesen hat, z.B. auf der Karibik-Insel Grenada.

Der Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften schreibt über Quadriga Capital: „Die von Quadriga Capital initiierten Eigenkapitalfonds werden ausschließlich von internationalen institutionellen Investoren bereitgestellt. Es handelt sich um führende Banken, Versicherungen und Pensionsfonds aus Europa und den USA“.

Hinter allem steckt die so ganz unverdächtige Firma Ernst & Young. Auf sie fallen entweder alle die in der Politik tätig sind herein oder werden durch sie für künftige „Aufgaben“ im Dienste der „Heuschrecken“ vorbereitet. Wie war das mit Gerhard Schröder und dem Schweizer Ringier Verlag? Auch dieser wird von Ernst & Young geprüft! Zufall? Ob dieser wird von Ernst & Young geprüft! Zufall? Ob Minister Möllring vielleicht auch schon an seine Zukunft denkt? Ernst & Young ist jedenfalls everywhere! Wie sagte Möllring: „Mit Ernst & Young/Luther Menold konnte ein Dienstleister zur Vorbereitung und Durchführung der von der Landesregierung beschlossenen Privatisierung der Spielbanken Niedersachsen GmbH gewonnen werden, der neben Referenzen im Privatisierungsbereich insbesondere durch Beratung anderer Landesregierungen unter Beweis gestellt hat, dass er auch im deutschen Spielbankrecht über einschlägige Erfahrungen verfügt.“

Axel Paeger, sprich „Ameos“, hat das Landeskrankenhaus Hildesheim von der Landesregierung zugesprochen bekommen. Ob „Ameos“ auch das LK Osnabrück bekommt, wird wohl bald ein Gericht zu entscheiden haben, weil das Unternehmen sein Gebot zu spät abgegeben hat! Trotzdem hatte „Ameos“ auch hier zunächst den Zuschlag erhalten. Na, merken Sie was?

Wer nicht Menschen und ihre fürsorgliche Gesundheit im Auge hat, sondern Dollarzeichen, Renditen, Profite und Geltungssucht, für den kann nur Ernst & Young die Zukunft weisen. ■

☞ Jürgen Meier, arbeitet als Publizist und lebt in Hildesheim.

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Elmar Altvater
**Das Ende des Kapitalismus,
wie wir ihn kennen**



Eine radikale
Kapitalismuskritik
3. Auflage 2006
240 S. - € 14,90
ISBN 3-89691-627-0

Werner Rügemer
Privatisierung in Deutschland



Eine Bilanz
Von der Treuhand zu
Public Private Partnership
2006 - 204 S. € 24,90 -
ISBN 3-89691-630-0

*Dieter Scholz/Heiko Glawe/Helmut
Martens/Pia Paust-Lassen/Gerd Peter/
Jörg Reitzig/Frieder Otto Wolf (Hrsg.)*
Turnaround?



Strategien für eine neue
Politik - Herausforderungen an Gewerk-
schaften und
Wissenschaft
2006 - 341 S. - € 29,90
ISBN 3-89691-638-6

Christoph Klutsch
**American Empire -
Die Bürde des reichen Mannes?**



Zur transnationalen Inter-
essenidentität „neoliberal-imperialistischer“
Herrschaftsmuster
2006 - 223 S. - € 24,90
ISBN 3-89691-633-5

Hafenweg 26a
48155 Münster
Fon: 0251/39 00 48 0
Fax: 0251/39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de

www.dampfboot-verlag.de



Foto: www.photocase.com

■ Zeit, dass sich was dreht

Die Autorinnen des Artikels haben die Initiative „Zeit, dass sich was dreht“ für ein neues Gleichstellungskapitel im Bremer Entwurf gestartet. Der Entwurf kann auf www.neues-gleichstellungskapitel.de oder auf www.jusos.de eingesehen und als Antrag für SPD-Gliederungen heruntergeladen werden. UnterstützerInnen sind herzlich willkommen.

War das schon alles?

Warum von der Leyen keine Frauenpolitik macht und der SPD-Programmentwurf auch keine besseren Antworten hat

von Cordula Drautz, Claudia Bogedan, Franziska Drohsel und Katie Baldschun



» Mal ehrlich, brauchten wir im Jahr 2007 noch einen Welt-Frauen-Tag? Wir haben doch alles, was wir wollten. Gleiche Rechte, Zugang zu Bildung, bessere Abschlüsse, Männer, die auch Väter sein wollen, Gleichstellungsbeauftragte und nicht zuletzt: eine Frau im Kanzleramt. Seit dem ersten internationalen Frauentag vor fast hundert Jahren hat die Frauenbewegung viel erreicht. Und trotzdem: War das schon alles? Kaum. Solange die Eva Hermanns und Walter Mixas dieser Welt noch derartigen Unsinn zur Geschlechterfrage platzieren können, bleibt genau diese Frage eine virulente. Und der Rest der „von der Leyen-Debatte“ ist wenig besser. Das liegt vor allem daran, dass sie von alten Männern und mit der demografischen Keule geführt wird. Aber ehrlich: Was hat das mit uns zu tun?

□ Die „Gleichstellung der Geschlechter“ in der SPD-Debatte

Die Frauenbewegung wurde und wird von Sozialistinnen und Sozialdemokratinnen getragen. Frauenrechte und Gleichstellung gehörten immer fest zur Programmatik der Sozialdemokratie. Gehörten? Tatsächlich, wir haben Zweifel, ob das heute noch gilt. Im Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD sind der „Gleichstellung der Geschlechter“ ganze 45 Zeilen gewidmet. Nicht viel in einem 65-seitigen Programm, doch wir wollen es vorweg nehmen: So, wie sie dastehen, sind selbst diese 45 Zeilen zu viel. Das geht nämlich besser.

Die Gleichstellungsideen im Bremer Entwurf sind schnell zusammengefasst: Gender Mainstreaming ist danach das Mittel der Wahl, und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt irgendwie auch eine wichtige Rolle. Uns reicht das so nicht. Mit echter Gleichstellungspolitik und einer wirklichen Auseinandersetzung über die Geschlechterfrage im 21. Jahrhundert hat der Programmpassus sehr wenig zu tun. Denn: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in erster Linie eine Herausforderung an Familien-, nicht an Frauenpolitik. Natürlich sind durch fehlende Betreuungsangebote noch immer vor allem die Mütter benachteiligt. Deshalb ist eine flächendeckende Ganztagsbetreuung ab dem ersten Lebensjahr das Mindeste, um die Voraussetzungen für bessere Vereinbarkeit zu liefern. Aber fehlende Betreuungsplätze sind nicht der Grund dafür, dass Gleichstellung noch nicht geschafft ist. Das liegt vielmehr daran, dass kaum jemand die Verknüpfung löst, es sei naturgemäß die Frau, die Kind und Beruf „vereinbaren“ müsse. Und wer gehofft hatte, ein SPD-Programm könne die Diskussion in weniger seichtes Fahrwasser führen, irrt: Der Entwurf folgt dem Mainstream der Debatte. Nebenbei bemerkt: Nach dieser Logik wären Frauen ohne Kinder beruflich längst gleichgestellt – na klar, die Chefetagen sind voll mit kinderlosen Frauen.

□ Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden

Dass es besser geht, zeigt das Berliner Programm von 1989. Es ist das noch gültige Grundsatzprogramm der SPD, und gültig ist auch noch dies: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“ Das strahlt sprachlich und ist mitnichten Geschlechterkampf-Rhetorik aus dem letzten Jahrhundert. Was dieser Satz in seiner prägnanten Eleganz besser sagt und worüber die 45 Nachfolgerzeilen des Bremer Entwurfs kein Wort verlieren, ist nämlich erstens: wir leben in einer männlich strukturierten Gesellschaft. Und zweitens: nur wer mit Strukturen bricht, entwickelt Gesellschaft weiter. Keine Frage, seit dem ersten Frauentag 1911 und auch noch seit der Verabschiedung des Berliner Programms 1989 haben sich die Strukturen, die die Gesellschaft zur männlichen mach(t)en, verschoben. Aufgelöst sind sie anno 2007 noch nicht. Denn machen wir uns nichts vor: Eine männlich strukturierte Gesellschaft, wie wir sie kennen, ist nicht zu trennen vom restlichen Gesellschaftssystem, in dem wir leben. Ziel ist daher unverändert diese Strukturen zu überwinden.

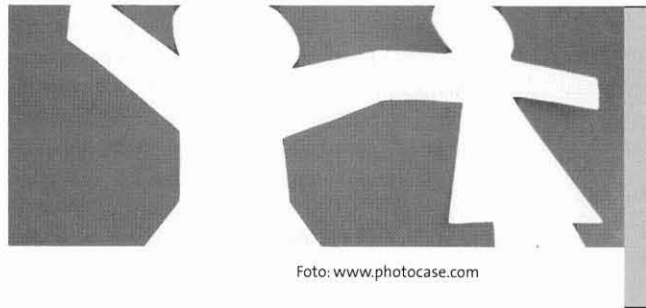


Foto: www.photocase.com

Die Krux im sogenannten Postfeminismus ist die: Können dürfen alle alles, formal wenigstens. Aber wenn sich eine aus den gleichen Startchancen heraus wirklich aufmacht, wird an den neuralgischen Punkten immer noch die Schablone des typisch männlichen Werdegangs angelegt. Daran ändert auch die Frau im Kanzleramt nichts. Was also bringen uns gleiche Rechte und Möglichkeiten, wenn deren Nutzung den Schablonen-Männern viel leichter gemacht wird?

□ Wann wird Macht weiblich ausgeübt?

In einem Vorwärts-Interview mit jungen Frauen sagte jüngst eine 19-jährige, es liege in der Natur von Männern, nach Macht zu streben. Wir sagen: Macht wird schlicht männlich ausgeübt. Das ist eine Zustandsbeschreibung, keine biologische Notwendigkeit. Die staatliche Instrumentenkiste, um diesen Zustand festzuschreiben, ist groß. Und auch, um ihn zu verändern, haben wir mehr Mittel als Gender Mainstreaming. Oder hat etwa der Auftrag, Entscheidungen auf ihre Auswirkungen auf Männer und Frauen hin zu überprüfen, irgendetwas an der Realität geändert, dass Frauen mehr arbeiten, aber weniger verdienen, bessere Abschlüsse machen, es aber kaum in Aufsichtsräte, auf Lehrstühle oder Ministersessel schaffen? Mitnichten. Was hilft? Eine sanktionierte Quotenregelung, damit Frauen nicht mehr besser sein müssen, um gleich gut zu sein. Damit Macht nicht länger „männlich“ ist, muss sie zunächst einmal auch von Frauen ausgeübt werden. Sie wird dann mit der Zeit auch in den Köpfen keine Frage mehr von sex und gender sein.

Mit nichts ist im Jahre 2007 zudem zu rechtefertigen, dass Steuer- und Sozialsystem auf Ehe und männlichen Ernährer ausgerichtet sind. Wer die Existenz von unterschiedlichen Lebensformen ignoriert, wird weder Frauen noch Männern gerecht. Ein zwanghaftes Festhalten des Staates an der Ehe wirkt wie der letzte Versuch, die gute alte Zeit vor dem Untergang zu retten. Wir brauchen keine Arbeitsteilung in Versorgen und Versorgtwerden, und wir brauchen kein Eheprivileg, das diesen Anachronismus untermauert.

» Was wir brauchen: Ein Steuer- und Sozialrecht, das individuelle Lebensentwürfe fördert und absichert. Eine Arbeitsmarktpolitik, die existenzsichernde Beschäftigung schafft – ein gesetzlicher Mindestlohn ist Gleichstellungsinstrument, denn die „working poor“ in Deutschland sind überwiegend Frauen. Eine berufliche Bildung, die weder typisch weiblich, noch typisch männliche Berufsbilder produziert. Eine Familienpolitik, in der Elternzeit zwingend von Vätern und Müttern je zur Hälfte übernommen wird, denn nur so trifft das Risiko, aus dem Berufsleben zu fallen, beide Geschlechter. Wir brauchen keinen Anspruch auf Teilzeitarbeit, sondern kürzere Arbeitszeiten für den einzelnen, damit alle in Vollzeit arbeiten können.

» Und wir brauchen, mal ehrlich, einen Welt-Frauentag, auch 2008. Die Stimmen der Mixas, Hermanns und von der Leyens mögen im Moment die lauter sein. Die beständigen sind die des Feminismus, denn es bleibt dabei: Wer die Gesellschaft gerecht will, muss überwinden, was sie männlich macht. Ohne diesen Anspruch ist ein Grundsatzprogramm kein sozialdemokratisches. Für uns jedenfalls. ■

-
- ☞ Cordula Drautz, ist stellv. Juso-Bundesvorsitzende und lebt in Berlin.
 - ☞ Claudia Bogedan, ist stellv. Juso-Bundesvorsitzende und lebt in Bremen.
 - ☞ Franziska Drohsel, ist Juso-Landesvorsitzende in Berlin.
 - ☞ Katie Baldschun, Mitglied im Juso-Landesvorstand NRW, lebt in Dortmund.



Als Dankeschön wähle ich eine der folgenden Prämien:



**Christoph Twickel
Hugo Chávez. Eine Biografie**

Seine vehemente Anti-Bush-Haltung hat ihn zur Galionsfigur der neuen

Linken in Lateinamerika gemacht. Das Buch erzählt vom Aufstieg des zur Zeit einflussreichsten Politikers Lateinamerikas. Edition Nautilus, 2006, 352 S.



**Dietrich Kittner
Sadisten. Wie ein Gesetz entsteht**

Mit bissigem schwarzem Humor und verblüffender Logik zeichnet Kittner nach, wie die »peinliche

Befragung« tatsächlich wieder Gesetz werden könnte, nicht nur in Abu Ghraib und Guantánamo, sondern auch im Land der Dichter und Denker. Independent entertainment, DVD, 50+26 Minuten

Ja, ich abonniere die *junge Welt* für mindestens ein halbes Jahr

Frau Herr

Name/Vorname spw

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich)

Das Abo geht nicht an mich, sondern an folgende Adresse

Name/Vorname

Telefon

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Ich bestelle das

- Normalabo (mtl. 27,90 Euro),
 Solidaritätsabo (mtl. 35,90 Euro),
 Sozialabo (mtl. 20,90 Euro).

Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.

Ich bezahle das Abo

- monatlich (nur mit Bankeinzug),
 vierteljährlich (3 % Rabatt),
 halbjährlich (4 % Rabatt),
 jährlich (5 % Rabatt).

per Einzugsermächtigung Rechnungslegung

Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Kontoinhaber

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Dazu gibt es als Hammerprämie



Aufkleber der Initiative zum Erhalt des Bruno-Plache-Stadions, Leipzig

Die Prämie geht an

mich den Abonnenten

Ich verzichte auf eine Prämie

Den Coupon schicke ich an:
 Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6,
 10119 Berlin, oder faxe ihn an die
 Nummer 0 30/53 63 55 44.



Foto: Christian Kiel

Ist der GAU besser als der Klimakollaps?

von Gerold Reichenbach

» Viel Energie verwenden die Energiekonzerne darauf, Atomkraftwerke als Alternative zu den Klima gefährdenden anderen fossilen Kraftwerken zu empfehlen. Die beeindruckende Zahl von 120 Mio. Tonnen Kohlendioxid, die die AKW pro Jahr in Deutschland einsparen, steht im Vordergrund. Über hunderte von Tonnen radioaktiven Abfalls und deren Entsorgung wird geschwiegen. Gleiches gilt für die steigende CO₂-Belastung bei der Herstellung der Brennelemente. Der Beitrag der AKWs zur Energieproduktion wird auch erheblich überschätzt. In Deutschland liegt er bei 12%. Die erneuerbaren Energien decken heute schon 10% des Strombedarfs. Nach vorsichtig-konservativen Berechnungen könnten es bis 2020 bereits 25 Prozent sein, der SPD-Solar-Experte Hermann Scheer hält sogar 75 Prozent für realistisch. Wollte man hingegen den gesamten Bedarf an Elektrizität aus Kernkraft abdecken, müsste man in Deutschland eine Verdreifachung der Atommeiler auf insgesamt 60 Anlagen und damit auch eine Verdreifachung des Risikopotenzials in Kauf nehmen.

Was schon national fraglich erscheint, ist international noch viel brisanter: Nordkorea, Ukraine, Iran, Armenien, Pakistan, China und Indien etc. nutzen die Atomtechnologie oder planen den Einstieg. Niemand kann diesen Ländern Vorschriften über Sicherheitsstandards machen und niemand vermag zu sagen, ob diese Länder auch in

Zukunft über die nötige politische Stabilität verfügen. Alleine um den gegenwärtigen, im Weltvergleich, extrem niedrigen Primärenergieverbrauch in Afrika mit Atomstrom abdecken zu können, bräuchte man mindestens 38 Nuklearanlagen. Das einzige zurzeit auf dem Afrikanischen Kontinent befindliche kommerzielle Atomkraftwerk liegt in Südafrika und war bereits in seiner Bauphase Ziel von Guerillaanschlägen. So wurden im Dezember 1982 während der Bauphase von ANC-Guerillakämpfer trotz scharfer Sicherheitsvorkehrungen vier Bomben auf dem Gelände des Kernkraftwerks Koeberg bei Kappstadt gezündet.

Wenn Kernkraft weltweit den heutigen Bedarf an Elektrizität abdecken sollte, dann wären nach Berechnungen der Internationalen Atomenergieorganisation bis zu 5.000 neue Kernkraftwerke nötig – zehn Mal mehr als heute! Jedes neue AKW erhöht das Risiko eines Reaktorunglücks, eines Terroranschlags, eines Kollateralschadens in Bürgerkriegen und das Risiko der Proliferation. Zudem müsste man relativ schnell wegen der begrenzten Uranvorkommen auf die gefährliche Plutoniumwirtschaft umsteigen. Denn die vorhandenen Uranerzvorkommen lassen sich nur bis zu einem gewissen Konzentrationsgrad wirtschaftlich ausbeuten. Danach kippt die Energiebilanz und die Energiegewinnung mittels Uranbrennstäben würde unwirtschaftlich. Die Gefahren für Sicherheit,



Gesundheit, Proliferation und Umwelt würden sich indes durch den weltweiten Einstieg in die Plutoniumtechnologie nochmals potenzieren. Das Ausspielen der Sicherheitsrisiken gegen apokalyptische Klimakollaps-Szenarien sollen Reaktorunglücksfälle als ein hinnehmbares Übel erscheinen lassen. Die Angst vor dem Klimakollaps soll die Angst vor dem GAU verdrängen. Ein prominentes Beispiel: James Lovelock, Wissenschaftler und „Öko-Guru“ (Spiegel Nr. 5 / 2007) mit seiner Forderung nach einem massiven Ausbau der Kernenergie, um die Klimakatastrophe zu verzögern. Was sind schon eine paar tausend Strahlentote gegen Millionen und Milliarden von Toten, die aufgrund des Klimakollaps sterben werden, argumentiert er und diskreditiert Energieeffizienz und den Ausbau regenerativer Energien als Schnapsidee von grünen Romantikern. Die berechtigten Ängste der Menschen vor einem atomaren Desaster werden (wieder) als irrationale und kleingläubige Furcht abgewertet. Der Schrecken des Reaktorunfalls von Tschernobyl – soweit er überhaupt noch im öffentlichen Gedächtnis ist – wird verharmlost.

» Verschwiegen wird dabei, dass das Reaktorunglück von Tschernobyl 1986 unter „idealen“ externen Bedingungen verlief: Der durch den Reaktorbrand entstandene Kamineffekt sorgte dafür, dass die radioaktiven Teilchen sehr hoch in die Atmosphäre geschleudert wurden. Durch die Wetterlage – Hochdruck, leichter Ostwind, kein Inversionswetter, kein Regen – verteilte sich der „Fall-out“ in hoch verdünnter Form bis weit nach Westeuropa hinein. Zudem liegt Tschernobyl in einer ländlichen Region. Die Zahl der Toten (offiziell: 4000) und der dauerhaft umgesiedelten Menschen (offiziell: 350.000) war vergleichsweise gering. Modellrechnungen beziffern allein die wirtschaftlichen Folgeschäden eines GAUs im AKW Biblis auf 1,5 bis 3,7 Billionen Euro. Etwas seriöser, aber keinesfalls überzeugend, formuliert es Fritz Vahrenholt, SPD-Mitglied, Vorstandsvorsitzender der Windkraftfirma Repower (mit Anteilen an der Nuklearfirma Areva) und ehemaliger Senator der Hansestadt Hamburg. Er favorisiert die Kernenergie als Übergangslösung bis Kraftwerke auf heimische CO₂-freie Energieträger umgestellt werden können (Spiegel 9/2007). Diese Argumentation klingt scheinbar vernünftig. Verschwiegen wird sowohl die ungelöste Sicherheitsproblematik als auch die Tatsache, dass ein solcher Ausbau die Entwicklung alternativer Techniken verhindert, wie gegenwärtig in Frankreich zu sehen ist, das 75 Prozent seines Strombedarfs aus Atomenergie deckt. Weil sich Atomstrom nur rechnet, wenn er in großen Kapazitäten erzeugt und abgesetzt wird, gibt es kaum Bedarf an Erneuerung der Stromwirtschaft, d.h. an neuen Technologien, Innovationen oder dem Umsteuern des zentralistischen Systems mit geringem Wirkungsgrad zu einem dezentralen, kleinteiligen System mit höherer Energieeffizienz. Der französische Industrieminister Francois Loos hat erklärt, für grünen Strom habe sein Land keinen Platz. Obwohl Frankreich über fünfmal mehr Küste verfügt als Deutschland hat es nur ein Zehntel der Windkraftanlagen; obwohl im Süden seines Landes wesentlich bessere Bedingungen zur Gewinnung von Solarstrom bestehen hat es kaum Solaranlagen.



Es ist unredlich, einen Kernenergie-Boom zu fordern, ohne den damit verbundenen Boom an Proliferation und den Anstieg der Kriegs- und Terrorgefahr zu diskutieren. Die Behauptung, die friedliche und die kriegerische Nutzung der Kernenergie ließen sich sauber voneinander trennen, hat nie gestimmt und stimmt auch heute nicht. Wer glaubt, Proliferation mit Hilfe eines internationalen Mechanismus wirksam stoppen zu können, geht von gegenwärtig unrealistischen Voraussetzungen aus. Zwar ist es von globalem Interesse, dass „unsichere Länder“ nicht nur auf Atomwaffen, sondern auch auf die friedliche Nutzung von Kernenergie verzichten. Weil sie aber nicht genügend Sicherheit gewähren und Missbrauch nicht wirksam verhindern können, wäre damit eine Hierarchie von Staaten in „sicher“ und „unsicher“ impliziert. Einzelne Staaten müssten ausgegrenzt und einer „Bevormundung“ unterzogen werden. Ausgegrenzt von einem Weg den andere Länder selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen und für notwendig für die eigene wirtschaftliche Entwicklung erklären.

Was zu Zeiten der Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages noch „natürlich“ war, nämlich die feste Einbindung in das Kontrollgefüge des „Kalten Krieges“ ist heute Illusion. Weder „der Westen“, noch die USA, noch Europa, noch die IAEA haben zurzeit die Autorität, internationale Standards durchzusetzen, die notwendig wären, die Risiken der so genannten friedlichen Nutzung der Kernenergie wenigstens zu minimieren. Die IAEA erfasste allein für das Jahr 2005 103 Fälle von Proliferation. Deshalb musste das von der Bush-Regierung aufgelegte Global Nuclear Energy Partnership Program (GNEP) scheitern. Die USA will damit die Wiederaufbereitung bzw. die Plutoniumwirtschaft nur noch im eigenen Land und ausgewählten Geberländern zulassen. GNEP-Vertragsstaaten bekämen von den Geberländern Brennelemente für deren konventionelle Atomkraftwerke und müssten die abgebrannten Elemente wieder dort abliefern. Indien reagierte brüskiert, als es aufgefordert wurde der GNEP – als Kunde! – beizutreten.

□ Fazit

Atomkraft ist eine Technologie, die nur unter dauerhaft idealen Bedingungen sicher sein kann: „ideale“ Ingenieure mit maximaler Sicherheitskultur, unbegrenzt gesicherte Stromlogistik, dauerhafte politische Stabilität und Frieden sowie garantierte Abwesenheit von Terrorismus und Naturkatastrophen. Atomenergie verlangt hundertprozentige Sicherheit und bringt uns in ein Dilemma, dem Gesellschaft und Staat nicht entkommen können. Mit jedem zusätzlich installierten Reaktor bei gleichzeitig ansteigender Terrorgefahr wächst das Risikopotential. Die Gefahr potenziert sich in weniger stabilen Regionen der Welt. Parallel dazu erhöht sich international die Gefahr der kriegerischen Nutzung der Atomtechnologie. Reaktor und Bombe sind bis heute „Siamesische Zwillinge“ geblieben.

Es lässt sich auf eine einfache Formel bringen: Der Ausstieg und das damit erzwungene Vordringen alternativer Technologien minimiert das Risiko national und durch die Schaffung technologischer Alternativen auch international. Eine Renaissance der Atomtechnologie würde diese Risiken enorm steigern.

Den Atomausstieg in Deutschland aufzukündigen, wie von CDU, FDP und Kernkraftwerksbetreibern gefordert, würde bedeuten, dass angesichts der erhöhten Terrorgefahren die Innere Sicherheit einer zusätzlichen drastischen Gefährdung ausgesetzt wird. Biblis musste sich im Zuge der Verhandlungen zum Atomausstieg vertraglich verpflichten, umfangreiche Sicherheitsinvestitionen zu tätigen. Zwischen 2001 und 2006 investierten die Betreiber 750 Mio Euro. Weiter gehende, ursprünglich von der hessischen Landesregierung geforderte, Sicherheitsmaßnahmen wurden im Hinblick auf den für 2009 vereinbarten Ausstieg nicht weiter verfolgt. So rechnet sich die Laufzeitverlängerung für die Betreiber gerade unter der Voraussetzung, dass die Anlagen nicht auf den Sicherheitsstand der neuen Atomanlagen gebracht werden müssen.

» Bisher war unsere Demokratie stark genug, auch trotz der Gefahren der Atomkraft, das Übermaßverbot im Auge zu behalten und die Entwicklung zum atomaren Überwachungsstaat zu verhindern. Ob dies in einer Zeit der zunehmenden Terrorgefahr und bei einem Ausbau der Risiken der Atomtechnologie gelingen kann, ist fraglich. Die drastische Ausweitung präventiver Sicherheitsmaßnahmen, der Überwachungsstaat wird gegenüber dem GAU zum geringeren Übel.

Es ist an der Zeit eine ehrliche Risikodebatte in unserer Gesellschaft zu führen: welches Maß an Sicherheit benötigen wir, welche Risiken müssen wir lernen zu akzeptieren – und welche nicht. Das Risiko Atomkraft können wir vermeiden – Alternativen gibt es genug. ■

⇒ Gerold Reichenbach, MdB (SPD), ist Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestags und lebt in Groß-Gerau.



Dokumentation des Fachkongresses „Der Vielfalt auf den Grund gehen“

Die Wahl des Titel war Programm:
Sowohl der 7. Familienbericht des Bundes als auch das
Zukunftsforum Familie e.V. fordern neue Konzepte zur
besseren Unterstützung der Familien – in all ihrer Vielfalt.

**« Familie ist für uns überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander
Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. »**

Familienbegriff des Zukunftsforum Familie e.V.



Hiermit bestelle(n) ich/wir

Dokumentation(en)
„Der Vielfalt auf den Grund
gehen“ zum Preis von 7,50 EUR
zzgl. Versandkosten.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort



**zukunftsforum
familie** e.v.

Kontakt zur Geschäftsstelle per Telefon 0228/6685260,
per Fax 0228/668532-260 oder per Mail info@zff-online.de.
Zukunftsforum Familie e.V., Markgrafenstraße 11, 10969 Berlin
www.zff-online.de

Soziale und gesellschaftliche Innovationspolitik braucht vorausschauende Investitionspolitik

Mit „Genshagen-II-Programm“ gezielte Impulse für qualitatives Wachstum setzen! Beschluss des Vorstands der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion vom 5. April 2007



Foto: liniezwei

Die Konjunktur hat deutlich an Fahrt gewonnen. Auch die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte hat sich spürbar verbessert. Dies ist auch Ergebnis einer Politik, die sich nicht einseitig auf eine rigide Sparpolitik bzw. auf eine allgemeine Steuersenkung beschränkt, sondern auch auf gezielte Wachstumsimpulse setzt. Auf ihrer Klausurtagung in Genshagen im Januar 2006 hat sich die Bundesregierung auf ein 5-Jahre-Investitionsprogramm im Gesamtvolumen von rd. 25 Mrd. Euro verständigt. (...) Der Erfolg dieser Investitionspolitik für mehr Wachstum, Beschäftigung und Innovationen lässt sich schon jetzt auch an der verbesserten wirtschaftlichen Situation ablesen.

Wir brauchen ein Innovations- und Investitionsprogramm für sozialen, gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Fortschritt.

Diese positive Entwicklung gilt es nun zu vertetigen und nachhaltig zu befördern. Die verbesserte konjunkturelle Lage und die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte schaffen dafür auch Spielräume. Dies ist keine Absage an eine notwendige Strategie der nachhaltigen Sanierung der öffentlichen Haushalte. Beide Strategien müssen aber klug aufeinander abgestimmt

werden. Eine nachhaltige Innovationspolitik braucht starke öffentliche Finanzen, die den Staat handlungsfähig machen. Eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung braucht eine kluge Investitionspolitik, die die wirtschaftliche Dynamik befördert.

Dies gilt umso mehr, als das ungeachtet des unbestrittenen Konsolidierungsbedarfs der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden aktuell eine Unternehmenssteuerreform beraten wird, die nach den Schätzungen des Finanzministeriums in den nächsten 5 Jahren zu Steuerausfällen bei Bund, Ländern und Gemeinden von insgesamt 25 Milliarden Euro führen soll. Allein der Bund soll mit über 13 Milliarden Euro daran beteiligt werden. Allein durch einen Verzicht bei der Absenkung der Körperschaftsteuer von jetzt 25 auf 15 Prozent und stattdessen Absenkung auf 19 Prozent, wie bei dem Job-Gibfel-Vorschlag von Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 17. März 2005 und im SPD-Wahlmanifest 2005 gefordert, und durch einen Verzicht auf die Abgeltungssteuer für Kapitalerträge wäre ein solches Investitionsprogramm Genshagen II vollständig aus dem Bundeshaushalt bis 2012 gegenzufinanzieren.

» Dabei geht es nicht um kurzfristige Konjunkturprogramme, sondern um eine nachhaltige Gestaltung sozialen, ökonomischen und ökologischen Wandels. Durch eine vorausschauende Innovations- und Investitionspolitik müssen Grundlagen dafür geschaffen werden, strukturelle gesellschaftliche Veränderungen zu gestalten, Lebens- und Bildungsbiographien solidarisch abzusichern sowie die ökologischen Herausforderungen zu bewältigen. Diese Aufgaben müssen finanziell abgesichert und mit ökonomischen Perspektiven für nachhaltiges Wirtschaftswachstum verbunden werden. (...)

Aus diesem Grund schlägt die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion ein Innovations- und Investitionsprogramm „Genshagen II“ ab dem Jahr 2008 vor. Es setzt sich aus folgenden Einzelmaßnahmen zusammen:

■ **Programm zur ökologischen Modernisierung und Bekämpfung des Klimawandels**

Seit dem Weltklimareport, der Anfang Februar in Paris veröffentlicht wurde, gibt es keinen wissenschaftlichen Zweifel mehr: Die Menschheit ist dabei, das Klima radikal zu verändern und damit auch die Lebensverhältnisse auf der Erde. Dies ist die größte Menschheitsherausforderung dieses Jahrhunderts. Sie wird über Frieden und Wohlfahrt auf der Welt entscheiden.

Die Erwärmung schreitet voran. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird sie bis zum Ende des Jahrhunderts Höhen erreicht haben, die nicht mehr verkraftbar sind. Führende Wissenschaftler warnen, dass wir nur noch wenige Jahre Zeit haben, um entscheidende Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen.

» Zukunftsvorsorge heißt, jetzt in eine Effizienzrevolution zu investieren und den Umstieg in die erneuerbaren Energien zu beschleunigen. Die Zeit der kleinen Schritte ist vorbei. Wir brauchen eine Reduktion des klimaschädlichen Kohlendioxids um mindestens 40 Prozent in den nächsten 13 Jahren. Dafür ist ein nationales Klimaschutzprogramm notwendig, das in allen Bereichen Investitionen und Innovationen massiv fördert und sich ehrgeizige Ziele setzt. Wir müssen bis zum Jahr 2020

- den Anteil der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung von heute knapp 11 auf 25 Prozent steigern. Es dürfen nur noch hocheffiziente Kraftwerke mit einer hohen Wärmenutzung gebaut werden;
- die Energieproduktivität von heute nur 1,4% auf mindestens 3% erhöhen. Allein die Nutzung hocheffizienter Haushaltsgeräte würde sieben Großkraftwerke überflüssig machen;
- den Anteil der erneuerbaren Energien im Strombereich auf mindestens 30 % steigern, im Wärmesektor auf 20% und im Verkehrsbe- reich auf 15%.

Diese Kraftanstrengung ist notwendig und sie wird sich auszahlen, denn sie ist sinnvoll und richtig auch für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Das sind die Zukunftsmärkte, die überall in der Welt einen schnell wachsenden Absatz finden. Jede Volkswirtschaft ist stark, die schnell eine ökologische Infrastruktur aufbaut.

» Die Herausbildung der ökologischen Infra- struktur erfordert einen höheren Mittelein- satz des Staates auf allen Ebenen. Der Bund kann einen wesentlichen Beitrag für die Zukunftsvorsorge leisten, wenn er 5 Milliarden Euro für ein Sonderprogramm zum Klimaschutz aus den Steuer- einnahmen bereitstellt. Dieses Programm muss alle Bereiche umfassen, insbesondere Investitions- hilfe bei der Gebäudesanierung, Förderung von mehr Effizienz in der Energienutzung und der Ver- besserung einer umweltverträglichen Verkehrs- infrastruktur.



□ Kurzfristig brauchen wir vor allem:

- Einen Ausbau des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms für private Wohnungen.
- Darüber hinaus sollte das Programm auch auf öffentliche Gebäude ausgedehnt werden und mit einem allgemeinen Gebäudesanierungsprogramm verbunden werden (Münzfering-Initiative).
- Eine Erhöhung der Mittel für Forschung und Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien, der Energiespeicherung und im Bereich der Entwicklung CO₂-freier Kraftwerkstechnologie.
- Ein Sonderprogramm zur Verkehrsverlagerung von Verkehr von der Straße auf die Schiene.
- Förderprogramm zur Verbesserung des Wohnumfeldes für ältere Generationen

Der demographische Wandel erfordert eine vorausschauend gestaltende Politik. Dies betrifft auch die Frage, wie die konkrete Ausgestaltung einer Politik für mehr Lebensqualität in einer alternden Gesellschaft aussehen kann. Ein zentraler Baustein ist dabei die altengerechte Gestaltung des Wohnumfeldes. (...) Altengerechtes Wohnen darf nicht Privileg einiger weniger sein. Auch die wachsende Gruppe derjenigen, die noch keine Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten, aber dennoch auf Unterstützung angewiesen sind, braucht eine verlässliche Absicherung.

Daher muss ein mehrjähriges Förderprogramm für altengerechtes Wohnen im geschätzten Umfang von 1 Milliarde Euro folgende Bestandteile beinhalten:

- Ein Infrastrukturprogramm zum barrierefreien und altengerechten Ausbau des Wohnungsbestandes sowie des Wohnumfeldes.
- Finanzielle Förderung der Nutzung von haushaltsnahen Dienstleistungen, insbesondere von einkommensschwachen Seniorinnen und Senioren.
- Förderung von lokalen Projekten zur Etablierung von Unterstützungsangeboten im Rahmen altengerechten Wohnens.

□ Förderung von Bildung und Familien

Unter der rot-grünen Bundesregierung ist in den letzten Jahren viel auf den Weg gebracht worden, um die Defizite in der frühkindlichen Bildung und Betreuung abzubauen, und gegenüber anderen Staaten qualitativ und quantitativ aufzuholen. (...)

Doch alle diese Maßnahmen reichen nicht aus um den tatsächlichen Bedarf zu decken. Die Qualität der frühkindlichen Bildung und Betreuung muss weiter verbessert werden. Auch die derzeit existierende Zahl der Betreuungsplätze entspricht nicht den existierenden Bedürfnissen. (...)

Wenn wir deutlichere Anstrengungen bei dem Ausbau der Kinderbetreuung wollen, wird es ohne eine finanzielle Beteiligung des Bundes nicht gehen. Allein für den Ausbau der Kinderbetreuung auf 750.000 Plätze für Kinder unter drei Jahren geht der Städtetag von jährlich mindestens 6 Milliarden Euro Mehrkosten aus; andere Schätzungen liegen bei 3 Milliarden Euro Mehrkosten. (...)

□ Daher brauchen wir:

- Kurzfristig einen deutlich forcierten Ausbau der Plätze für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung.
- An den Kosten für einen Ausbau muss sich der Bund im Rahmen eines Paktes aus Bund, Ländern und Gemeinden angemessen beteiligen. Haushaltsmäßig sollte der Bund Vorsorge für ein Drittel des benötigten Gesamtbedarfes von 3-6 Milliarden Euro treffen. (...)

Doch nicht nur bei den Kleinsten besteht großer Bedarf in der Finanzierung von Bildungsinvestitionen. Auch für die Aus- und Weiterbildung sind weitere Investitionen nötig.

Deutschland liegt im unteren Bereich, was die Weiterbildungsintensität im europäischen Vergleich betrifft. Der Rückgang der Grundmittel der öffentlichen Haushalte für Weiterbildung nach

den Daten des Nationalen Bildungsberichtes 2006 zwischen 2000 und 2003 bei rund 350 Millionen Euro auf nur 1,2 Milliarden Euro insgesamt. Auch bei der Förderung der Weiterbildung nach SGB III hat es seit Mitte der 90er Jahre und noch einmal verstärkt im Zuge der sogenannten Hartz-Gesetzgebung und ihrer Umsetzung einen Rückgang von 1998-2004 von 8 auf rund 3,5 Milliarden Euro gegeben. Für ein Aufbauprogramm Weiterbildung ist hier auf Seiten des Bundes ein kumulatives Zuwachsprogramm für 5 Jahre mit einem Gesamtbetrag von 750 Millionen Euro vorzuhalten (von 50 Millionen 2008 bis 250 Millionen 2012). Aus diesen Mitteln soll u.a. ein Programm für die „Zweite-Chance“ finanziert werden, um nicht-erworbene Schul- und Berufsbildungsabschlüsse nachholen zu können. Diese Perspektive ist wichtig, da es nicht nur eine wachsende Zahl von sogenannten Altbewerbern um einen Ausbildungsplatz gibt, sondern auch jetzt schon gleichzeitig Fachkräftebedarfe, die sich absehbar zu einem gravierenden Fachkräftemangel in Deutschland entwickeln können, wenn die Lücke zu anderen hochinnovativen Ländern im Bereich der Fort- und Weiterbildung so groß bleibt, wie sie sich gegenwärtig darstellt. Kurzfristig brauchen wir vor allem mehr Mittel zur Finanzierung des BAföGs. (...) Angesichts der erheblichen Mehrbelastungen gerade für diese Studierenden und die damit einhergehende dramatische Verschlechterung von Bildungschancen ist eine Verbesserung des BAföG dringend notwendig.

□ Daher setzen wird uns dafür ein, dass

- die überfällige BAföG-Erhöhung endlich umgesetzt wird, d.h. die Bedarfssätze und die Einkommensgrenzen im Sinne des letzten BAföG-Berichtes deutlich angehoben werden,
- die elternunabhängige Förderung des 2. Bildungsweges erhalten und entsprechend finanziell abgesichert wird,
- das BAföG auch strukturell verbessert wird, d.h. vor allem Verbesserungen für Studierende mit Kindern, für Migrantinnen und Migranten, sowie für Studierende im Ausland.

Hierfür sind Bundesmittel in Höhe von jährlich zusätzlich bis zu 300 Mio. Euro bereitzustellen.

□ Stärkere Steuerfinanzierung in der Sozialversicherung

Die Systeme der sozialen Sicherung sind Ausdruck organisierter gesellschaftlicher Solidarität. Von ihren Leistungen profitieren nicht nur direkt die Versicherten selbst, sie erfüllen auch gesamtgesellschaftliche Funktionen. Eine wirksame Absicherung gegen fundamentale Lebensrisiken fördert die Bereitschaft, sich an der notwendigen Gestaltung gesellschaftlicher und ökonomischer Veränderungen zu beteiligen. Das heißt aber auch, dass sich an der finanziellen Sicherung der Sozialversicherungssysteme nicht nur die Bezieherinnen und Bezieher von Lohn Einkünften, sondern dass sich alle an dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe beteiligen müssen.

» Konkreter Finanzbedarf besteht aktuell vor allen Dingen in der Gesundheitsversorgung, konkret bei Kranken- und Pflegekassen. (...) In den Haushaltsjahren 2007 und 2008 wird ein Zuschuss aus Haushaltsmitteln in Höhe von 2,5 Milliarden Euro über das Bundesversicherungsamt (BVA) an die Krankenkassen gezahlt. Im Jahr 2009 wird ein Bundeszuschuss in Höhe von vier Milliarden Euro aus Haushaltsmitteln in den Gesundheitsfonds fließen. Der Bundeszuschuss wird in den Folgejahren um jeweils 1,5 Milliarden Euro bis auf 14 Milliarden Euro weiter ansteigen.

Diese Mittel müssen jetzt allerdings auch real in einer mittelfristigen Finanzplanung für die Bundeshaushalte mit einbezogen und gegenfinanziert werden. Sie sind ein guter Bestandteil der Innovationsstrategie, wie sie auf verschiedenen Feldern mit den Leitideen aus dem Programm von Genshagen I vorgezeichnet wird. (...) ■

Personen & Positionen

□ Vorstandswahlen der Parlamentarischen Linken

Die turnusgemäßen Wahlen zum Vorstand der Parlamentarischen Linken wurden am 27. Februar und 6. März 2007 durchgeführt. In großer Geschlossenheit wurden im ersten Wahlgang den Sprecher, die KassiererIn sowie alle Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes und des Erweiterten Vorstands in ihren Funktionen bestätigt. Es gab keine Gegenkandidaturen.

Sprecher der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion ist der schleswig-holsteinische Abgeordnete und spw-Mitherausgeber Dr. Ernst Dieter Rossmann aus Elmshorn. Der 1951 geborene Diplom-Psychologe ist u.a. Mitglied im Fraktionsvorstand und Sprecher der schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten. Die Kasse wird weiterhin von der Berliner SPD-Abgeordneten Petra Merkel geführt, zum Geschäftsführenden Vorstand gehören der stellv. DL21-Vorsitzende und Hamburger Abgeordnete Niels Annen, die Abgeordnete Christine Lambrecht (ebenfalls DL21-Vorstandsmitglied) aus Hessen sowie Andreas Steppuhn, der den Wahlkreis Harz/Sachsen-Anhalt vertritt.

Im erweiterten Vorstand sind die stellv. SPD-Parteivorsitzende Elke Ferner, Gabriele Hiller-Ohm, Michael Müller, Renè Röspel, Ortwin Runde und Dr. Marlies Volkmer.

□ spw-Frühjahrstagung

Unter dem Thema „Öffentliche Güter – Kommunales Wirtschaften“ diskutierten wieder zahlreiche TeilnehmerInnen auf der diesjährigen spw-Frühjahrstagung am 13./14. April in Springe. Die dort gehaltenen Referate von Wolfram Bremer, Sascha Ruhland und Barbara Weiler dokumentieren wir hier im Heftschwerpunkt.

Gewählt wurde auf der Frühjahrstagung der Vorstand des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung e.V.: Björn Böhning, Juso-Bundesvorsitzender und spw-Redaktionsmitglied, wurde einstimmig für ein weiteres Jahr als Vorsitzender bestätigt.

Dem Vorstand gehören darüber hinaus an: Kai Burmeister (Offenbach), Ulrike Hensel (Kiel), Oliver Kaczmarek (Kamen), Anja Kruke (Bochum) und Thilo Scholle (Lünen). Aus beruflichen Gründen ausgeschieden ist Felix Welti, dem für seine Arbeit in den vergangenen Jahren herzlich gedankt wurde.



von links:
 □ Björn Böhning, Vorsitzender spw-Förderverein.
 □ Dr. Ernst Dieter Rossmann, Sprecher Parlamentarische Linken der SPD-Bundestagsfraktion.
 □ Andrea Nahles, Vorsitzende des Forum DL21.

□ Jahrestagung des Forum DL21

Ebenfalls mit großer Mehrheit bestätigt wurde die Vorsitzende des Forum DL21, Andrea Nahles (MdB), auf der Jahrestagung am 23./24. März in Berlin. Ihr Stellvertreter ist weiterhin Niels Annen (MdB). Dem Vorstand gehören außerdem an: Hilde Mattheis (MdB, stellv. SPD-Vorsitzende Baden-Württemberg), Florian Pronold (MdB stellv. Landesvorsitzender SPD-Bayern), Klaus Barthel (MdB Stellvertretender Vorsitzender des SD-Bezirks Oberbayern) Mark Rackles (Mitglied im SPD-Landesvorstand Berlin), Burkhard Zimmermann (Berlin), Jens Klocksinn (MdL, Brandenburg), Christine Lambrecht (MdB, Bezirksvorstandsmitglied SPD Hessen-Süd), Wolfgang Jähme (Mecklenburg-Vorpommern), Stephan Klecha (Bezirksvorstandsmitglied SPD-Hannover), Christoph Strässer (MdB, Nordrhein-Westfalen), Marc Herter (Mitglied im SPD-Landesvorstand NRW), Holger Poppenhäger (Kreisvorsitzender SPD-Erfurt) sowie Iris Gleicke (MdB, Thüringen, Parl. Geschäftsführerin SPD-Bundestagsfraktion). Reinhold Rünker wurde auf der konstituierenden Vorstandssitzung auf Vorschlag von Andrea Nahles einstimmig zum Geschäftsführer bestellt.

Auf der Jahrestagung am 24. März diskutierten zahlreiche Gäste mit spw-Herausgeber, Prof. Krätke, und dem Freiburger Politikwissenschaftler Dr. Ulrich Eith zu Strategien über 2009 hinaus. Michael Krätke, der eine kritische Bilanz der Entwicklung der niederländischen PvdA zog, wurde von Ulrich Eith dingehend unterstützt, dass Reformziele in Sprache und Tradition der eigenen Wähler und Mitglieder anknüpfen müssten. So wäre es beispielsweise ein Fehler, die sozialdemokratische Identitätsmarke „soziale Gerechtigkeit“ aufzugeben. Beschlossen wurde auf der Mitgliederversammlung am Vorabend ein Positionspapier zur Unternehmenssteuerreform.

► **Infos:** Download unter www.forum-dl21.de

□ SPD-Landesparteitag in Schleswig-Holstein

Innenminister Ralf Stegner ist neuer Vorsitzender der schleswig-holsteinischen SPD und löste damit Claus Möller ab, der weiterhin auf Bundesebene dem Parteirat vorsitzt. Mit Wolfgang Baasch und Maike Rohwer gehören zwei weitere spw-AutorInnen dem SPD-Landesvorstand an.

□ SPD-Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern

Neuer Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern wurde Sozialminister Erwin Sellering. Zu seinen beiden Stellvertretern gehört der 30-jährige Rostocker und Landtagsabgeordnete Mathias Brodkorb, der bereits häufiger für spw geschrieben hat. Als Beisitzer im Vorstand ist u.a. spw-Autor Stephan Bliemel gewählt.

□ Denkfabrik

Am 25. April fand auch die Jahreshauptversammlung der „SPD-Denkfabrik“ an, auf der eine neue Vorstandsstruktur beschlossen wurde. Zu gleichberechtigten Mitgliedern des neuen SprecherInnenkreises wurden gewählt: Frank Schwabe (MdB), Christine Lamprecht (MdB), Niels Annen (MdB), sowie die MitarbeiterInnen Marie-Luise Beck und Martin Deschauer. Dem erweiterten Vorstand gehören an: Florian Pronold (MdB), Larissa Schulz-Trieglaff, Heiko Mau, Sönke Rix (MdB), Dr. Bärbel Kofler (MdB). Als neue Geschäftsführerin wurde Angela Maquardt eingeführt.

► **Infos:** www.spd-denkfabrik.de

5 Fragen an ... Detlev von Larcher



» Detlev von Larcher, Jahrgang 1937, studierte evangelische Theologie und Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen. Durch die Diskussion um die Universitätsverfassung begann er mit der Studentenpolitik und stieg in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit ein. 1969 wurde er Mitglied der SPD und war zunächst bei den Jungsozialisten aktiv. Innerhalb der Partei wurde er u.a. als stellvertretender Bezirksvorsitzender in Hannover gewählt. Von 1990 bis 2005 war Detlev Mitglied des Deutschen Bundestages mit den Schwerpunkten Finanz- und Steuerpolitik. Sieben Jahre davon fungierte er auch als Sprecher der Parteilinken. Er ist Herausgeber der spw und heute politisch bei Attac aktiv. Mit seiner Frau lebt er in Weyhe bei Bremen und hofft, dass einer seiner drei Söhne ihn bald zum Großvater macht.

spw: Welche politischen Diskussionen haben dich besonders in Deinem Leben geprägt?

» **Detlev von Larcher:** Neben der Diskussion um den Nato-Doppelbeschluss und die ganze Atomfrage war das von Anfang an die Diskussion um umweltgerechtes Verhalten. Ich gehörte mit zu denen, die in der SPD praktisch die linken Grünen gegründet haben. Ich erinnere mich an Diskussionen über umweltgerechte Politik, wo wir ganz isoliert waren und als die kleinen Dummen da standen, die von nichts eine Ahnung hatten. Da haben wir Forderungen gestellt, die heute in aller Munde sind. So etwas begleitet einen natürlich das ganze Leben.

spw: Welche politische Entscheidung würdest du heute wieder so fällen?

» **Detlev von Larcher:** Ganz wichtig war die Debatte um die Änderung des Grundgesetzes in der Asylfrage. Da bin ich heftig gegen die Grundgesetzänderung eingetreten – auch öffentlich. Diese Diskussion führte damals zu einem – wie ich meine – vertretbaren Kompromiss. Ich war damals auch Mitglied in der Kommission, in der darüber verhandelt wurde. Natürlich war die Grundgesetzänderung prinzipiell ablehnenswert, aber es ging in dieser Situation eben nur, einen Kompromiss zu machen.

spw: Was machst Du zurzeit politisch?

» **Detlev von Larcher:** Zurzeit bin ich bei Attac aktiv. Dort kümmere ich mich weiter um mein Spezialgebiet Steuern und Finanzen und bin im bundesweiten Koordinierungskreis von Attac. Damit kehre ich insofern zu einer meiner Wurzeln zurück, nämlich zur außerparlamentarischen Bewegung, wo ich zu Beginn meines politischen Lebens mit 30 Jahren schon aktiv war. Wichtig war für mich immer, die Politik nicht nur den gewählten Vertretern zu überlassen, also den Parlamenten in Bund, Land und Gemeinden. Sondern ich war immer der Meinung, die Menschen müssen sich auch selber zwischen den Wahlen darum kümmern und sich einmischen. Und insofern haben wir bei den Jungsozialisten die Doppelstrategie vertreten, also innerparteilich und außerparteilich politisch aktiv zu werden.



☞ Detlev von Larcher, (links) heute, (rechts) 1980 auf einer ÖTV Demo.

Fotos: privat

spw: Du bist am 30. März 70 Jahre alt geworden. Andere Menschen genießen in diesem Alter den wohlverdienten Ruhestand oder kümmern sich um ihren Garten und andere Hobbies. Du nicht?

Detlev von Larcher: Ich habe natürlich auch ein Hobby, das Segelfliegen. Ich genieße sehr, dass ich nach meiner Bundestagszeit wieder mehr Zeit dafür habe und hoffe, dass der Fliegerarzt mir noch manches Jahr erlaubt, weiter zu fliegen. Und im Garten mache ich auch etwas, denn ich baue Gemüse an. Von der Kartoffelernte im letzten Jahr essen wir heute noch. Aber ich kümmere mich auch weiter um die Politik. Ich kann mir nicht vorstellen faul da zu liegen und nichts zu tun. Solange ich kann werde ich politisch aktiv sein.

spw: Hast Du Ziele, die du persönlich politisch noch erreichen möchtest?

Detlev von Larcher: Ich würde gerne erreichen, dass über Klima verträgliches Verhalten nicht nur geredet wird, sondern dass wirklich wichtige Marken gesetzt werden, die dann auch durchgesetzt werden, zum Beispiel beim CO₂-Ausstoß. Das, was jetzt im Gespräch ist, ist viel zu wenig. Es muss viel mehr getan werden. Und ich würde natürlich gerne erreichen, dass die Politik beendet wird, die zum weiteren Auseinanderdriften von Arm und Reich führt. Das macht die jetzige Bundesregierung, das hat auch die rot-grüne Bundesregierung nicht anders gemacht und es wird höchste Zeit, dass soziale Gerechtigkeit in einem Sozialstaat wieder durch-

gesetzt wird. Dazu gehört auch Steuergerechtigkeit und die Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung.

spw: Detlev, vielen Dank für das Gespräch. ■

☞ Das Interview führte Alexandra Kramm.

■ Juso-Doppelstrategie

Nach der Linkswende der Jusos 1969 entwickelt sich der Jugendverband von der braven, angepassten Parteijugend hin zu einem sozialistischen Richtungsverband, der den Anspruch erhebt, auf die inhaltliche Ausrichtung der Partei aktiv Einfluss zu nehmen. Elementarer Bestandteil dieses bis heute bestehenden Selbstverständnisses ist die so genannte Doppelstrategie. Dies bedeutet einerseits mit dem „Standbein“ in der SPD zu agieren und dort Machtpositionen zu besetzen um inhaltliche Positionen durchzusetzen. Andererseits gehört dazu, mit dem „Spielbein“ in gesellschaftlichen Bewegungen präsent zu sein und mit diesen gemeinsam Druck auf die SPD hin zu den von den Jusos auch in der Partei vertretenen Inhalten zu entfalten.

[Alexandra Kramm]